
AKTUELL

BILDUNG

WISSENSCHAFT

Studierende und Politik

im vereinten Deutschland

3/94

Sonderauswertung einer Erhebung zur Studiensituation
an deutschen Universitäten und Fachhochschulen im WS 1992/93



Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
Referat Öffentlichkeitsarbeit · 53170 Bonn

BMBW

REIHE
BILDUNG – WISSENSCHAFT – AKTUELL 3/94

Tino Bargel

Studierende und Politik im vereinten Deutschland

Sonderauswertung einer Erhebung zur Studiensituation an
deutschen Universitäten und Fachhochschulen im WS 1992/93

Bonn 1994
Herausgegeben vom
Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Die fünfte Erhebung zur Studiensituation an Universitäten und Fachhochschulen in den alten und neuen Bundesländern wurde im Wintersemester 1992/93 von der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft unter der Projektleitung von Prof. Dr. E. R. Wiehn und Tino Bargel durchgeführt. (Organisation und Durchführung der Empirie: Tino Bargel, Johann-Ulrich Sandberger, Michael Ramm; Dateien und Datenaufbereitung: Hans Simeaner; Sekretariat: Doris Lang; Graphiken: Karl-Ernst Wuttke). Der Autor trägt die Verantwortung für den Inhalt.

Vorwort

Hochschulpolitisch bedeutsame Weiterentwicklungen und Reformen sollen und dürfen sich nicht über die Köpfe der Studierenden hinweg vollziehen. Vielmehr ist es notwendig, die Erfahrungen, Urteile und Wünsche der Studierenden zu kennen und ihre Vorstellungen von einer zukunftsweisenden Hochschulausbildung angemessen zu berücksichtigen.

Diesem bildungspolitischen Anliegen Rechnung tragend, werden seit 1982 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft von der Universität Konstanz regelmäßig repräsentative Befragungen von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt.

Die jüngste Erhebung fand im WS 1992/93 erstmals unter Einbeziehung der neuen Bundesländer statt. Damit werden aktuelle Befunde zur Studiensituation und den studentischen Orientierungen im gesamten Bundesgebiet und im Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern verfügbar. Zugleich ermöglicht der Datenfundus aus fünf Erhebungen Aussagen über Trends und Veränderungen im Meinungsbild der Studierenden zu den derzeit diskutierten Themen im Zusammenhang mit der Hochschulreform.

Die vorliegende Sonderauswertung ist dem Themenkreis „Studierende und Politik“ gewidmet, der in den vergangenen Jahren eher ein Schattendasein führte. Die politischen Sichtweisen und Haltungen der Studierenden, ihre Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung des Hochschullebens und des demokratischen Gemeinwesens sind zwar seit jeher sensible Gradmesser für das, was die junge Generation an den Hochschulen unseres Landes denkt und von welchen Grundwerten ihr Handeln bestimmt ist. Im Zuge der deutschen Vereinigung und der europäischen Integration gewinnt diese Thematik allerdings eine ganz neue Dimension.

Für die Bildungspolitik in Bund und Ländern liegen nun erstmals gesicherte Daten darüber vor, wie es aus der Sicht der Studierenden in den alten und neuen Bundesländern um das Zusammenwachsen des ehemals geteilten Deutschlands bestellt ist, welche demokratischen Grundwerte den Studierenden gemeinsam sind, welche politischen Positionen sie vertreten und mit welchen Befürchtungen und Hoffnungen sie auf Europa blicken. Die Vielfalt der Ergebnisse wird zum Nachdenken anregen.

Für die Studie möchte ich der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz und insbesondere dem Autor an dieser Stelle besonders danken.



Prof. Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Inhalt

	Seite
1 Themen und empirische Grundlagen.	1
2 Politisches Interesse und Handlungspotential	6
3 Hochschulpolitik und studentische Vertretungen	15
4 Politische Positionen und Zielpräferenzen.	23
5 Demokratische Prinzipien und politische Wirklichkeit	32
6 Die deutsche Vereinigung: Erfahrungen und Urteile	40
7 Die europäische Integration: Hoffnungen und Befürchtungen	51
Literaturangaben	59

1 Themen und empirische Grundlagen

Die staatliche Einheit Deutschlands, hergestellt im Oktober 1990, bedeutete zugleich einen gesellschaftlichen Umbruch - mit manchen Konsequenzen für die sozialen Verhältnisse, die ökonomische Lage und die politischen Strömungen. Für die Schüler und Jugendlichen in Ost und West liegen bereits vergleichende Untersuchungen vor, wie sie diese geschichtliche Phase erleben und wie sie darauf reagieren (vgl. Deutsches Jugendinstitut 1992; Jugendwerk der Deutschen Shell 1992). Für die Studierenden gibt es derartige breit angelegte Untersuchungen bislang kaum (Ausnahme z.B. Brämer/ Heublein 1990; Brämer/ Duret 1992). Angesichts der Veränderungen und der gesellschaftlichen Entwicklungen seit 1989 ist der Mangel an Informationen über die Studierenden bedenklich. Mit diesem Bericht über "Student und Politik im vereinten Deutschland" soll daher an frühere Untersuchungen angeknüpft (vgl. Framhein u.a. 1981; Bargel/ Framhein/ Lensing 1988; Bargel 1989) und zugleich das aktuelle Informationsdefizit in Teilen behoben werden, nicht zuletzt was die Haltungen der Studierenden zur deutschen Vereinigung und zur europäischen Integration betrifft.

"Student und Politik": ein seit den 80er Jahren vernachlässigtes Thema

"Student und Politik" ist der Titel jener bereits klassischen Studie aus der zweiten Hälfte der 50er Jahre, in der erstmals in grundlegender Weise der politische Habitus und die Gesellschaftsbilder von Studierenden erfaßt und analysiert wurden (vgl. Habermas/ Friedeburg/ Oehler/ Weltz 1961). Danach, vor allem in den Zeiten des studentischen Aufbegehrens Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre, wurden eine Reihe von Untersuchungen über die politischen Orientierungen der Studierenden durchgeführt (z.B. Institut für Demoskopie 1968; Wildenmann/ Kaase 1968; Hitpass 1974; Does 1978). Angesichts der "unruhigen", "aufbegehrenden" und "rebellischen" Studentengeneration, so einige der Etikettierungen, waren die Darstellungen von besorgten Fragen geleitet: Wie demokratisch sind die Studierenden? Wie links oder wie radikal sind ihre Ansichten? Wann protestieren die Studierenden - und wie aggressiv können sie sich gebärden? Wie halten sie es mit der Gewaltanwendung? Bis Ende der 70er Jahre entstand ein durchaus beachtlicher Fundus an sozialwissenschaftlicher Empirie über die politischen Interessen, die demokratische Gesinnung sowie das Protest- und Aggressivitätspotential der Studierenden (zusammenfassend Kaase 1982; Bargel 1985).

Seit Anfang der 80er Jahre ist das Thema "Student und Politik" mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Das geringere Interesse an den politischen Einstellungen der Studierenden mag damit zusammenhängen, daß ihre politische Präsenz und Organisation abnahm und es um die studentische Politik an den Hochschulen ruhig wurde. Ansprüche an gesellschaftliche Veränderungen meldeten die Studierenden kaum mehr an; insbesondere Demonstrationen und Proteste, Störungen oder Boykotte wurden selten. Auch wenn sie ihre Forderungen weniger vehement als früher äußern, auch wenn ihre Ansichten konventioneller und pragmatischer geworden sind, aufgrund ihrer Bildung und Qualifikation sind die politischen Sichtweisen und Haltungen der Studierenden nach wie vor von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung.

Empirische Grundlagen: Zeitreihe des "Studentensurveys" seit 1983

Im Rahmen des Studentensurveys zur Studiensituation und zu den studentischen Orientierungen konnten im Wintersemester 1992/93 erstmals auch Hochschulen und Studierende in den neuen Bundesländern einbezogen werden, und zwar an Universitäten wie an den neugegründeten Fachhochschulen. Diese aktuelle Befragung ist Teil einer kontinuierlichen Erhebungsreihe, die sich alle zwei bis drei Jahre an die Studierenden wendet. Der erste "Studentensurvey" fand vor über einem Jahrzehnt im Wintersemester 1982/83 statt; mittlerweile liegt eine Zeitreihe von fünf Erhebungen vor.

Unter den insgesamt 318 Hochschulen, die im Wintersemester 1992/93 in Deutschland registriert sind, befinden sich 92 Universitäten (davon noch 1 Gesamthochschule) und 125 allgemeine Fachhochschulen. Die meisten liegen in den alten Bundesländern: 71 Universitäten (GHS) und 100 Fachhochschulen; in den neuen Bundesländern haben 21 Universitäten ihren Standort, bereits 25 Fachhochschulen haben ihren Betrieb aufgenommen. An allen Hochschulen Deutschlands waren im WS 1992/93 fast 1,7 Millionen deutsche Studierende immatrikuliert, darunter nahezu 1,3 Millionen an den Universitäten und 350.000 an den allgemeinen Fachhochschulen; bereits ca. 20.000 Studierende besuchten die neugegründeten Fachhochschulen in Ostdeutschland (vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1993, S. 126-127, 129).

Die **Auswahl der Hochschulen** erfolgt in den alten wie in den neuen Bundesländern nach den gleichen Prinzipien: Sie berücksichtigt die verschiedenen Hochschularten (Universitäten, Technische Universitäten, Gesamthochschulen, Fachhochschulen), die unterschiedlichen Größenordnungen der Hochschulen sowie ihre regionale Streuung über die Bundesländer. In den alten Bundesländern haben auch diesmal die acht Universitäten mitgewirkt, die bereits in die früheren Erhebungen einbezogen waren, außerdem die sechs gleichen Fachhochschulen; aus den neuen Bundesländern sind fünf Universitäten sowie drei Fachhochschulen hinzugekommen.

Die **Studierenden** wurden alle **nach dem Zufallsverfahren** ausgewählt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen wurden der Arbeitsgruppe Hochschulforschung weder Namen noch Adresse der ausgewählten Studierenden zur Verfügung gestellt. Die Erhebungsunterlagen wurden von den 22 beteiligten Hochschulen jeweils direkt an die Studierenden versandt. Von den angeschriebenen 20.175 Studierenden unterzogen sich 9.240 der Mühe, den umfangreichen Fragebogen auszufüllen. Das entspricht einer **Beteiligungsquote von 45,8 Prozent**, die damit alle vier früheren Erhebungen übertrifft, bei denen sie zwischen 41,3 und 44,7 Prozent betrug. Besonders wichtig ist, daß sich die erstmals befragten Studierenden in den neuen Bundesländern in nahezu gleicher Weise beteiligten wie ihre Kommilitonen in den alten Bundesländern.

Danach ergibt sich als Bezugszahl für die Darstellungen nach Hochschulart: Studierende in den alten Bundesländern an Universitäten 5.448, an Fachhochschulen 1.691; Studierende in den neuen Bundesländern an Universitäten 1.744 und an den neugegründeten Fachhochschulen 357 (vgl. Tabelle 1). Auswahl und Anzahl der befragten Studierenden sichern nicht nur eine weitgehende Repräsentativität der Befunde, sondern erlauben wichtige Differenzierungen etwa nach Fächern oder Geschlecht auf einer hinreichenden Grundlage.

In der **Fachzugehörigkeit der Studierenden** bleiben noch die Zuteilungsmechanismen zum Hochschulstudium in der früheren DDR wirksam (vgl. Kuthe 1991). Der Anteil Studierender an den Universitäten in den neuen Bundesländern in den Fächern der Geistes- wie der Sozialwissenschaften, aber auch der Naturwissenschaften ist geringer; dafür ist der Anteil angehender Ingenieure deutlich höher. An den neuen Fachhochschulen sind die Größenordnungen der drei Fächergruppen dagegen ganz ähnlich denen in den alten Bundesländern: die Ingenieurwissenschaftler stellen den weitaus größten Anteil (vgl. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 1993, S. 140-141). Diese Struktur der Fächerverteilung spiegelt sich recht genau in der Fachbelegung der befragten Studierenden wieder (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1
Befragte Studierende nach Fächergruppen an Universitäten und Fachhochschulen in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)

Fächergruppen	alte Bundesländer		neue Bundesländer		Insgesamt
	absolut	%	absolut	%	
Universitäten					
Sprach-/Kulturwissenschaften	1.123	20,6	281	16,1	1.404
Sozial-/Humanwissenschaften	566	10,4	121	6,9	687
Rechtswissenschaft	439	8,1	129	7,4	568
Wirtschaftswissenschaften	776	14,3	233	13,4	1.009
Naturwissenschaften	1.153	21,1	243	13,9	1.396
Medizin	542	9,9	202	11,6	744
Ingenieurwissenschaften	728	13,4	468	26,8	1.809
Andere bzw. keine Angabe	121	2,2	67	3,8	188
Insgesamt	5.448	100,0	1.744	100,0	7.192
Fachhochschulen					
Sozialwissenschaften	220	13,0	47	13,2	267
Wirtschaftswissenschaften	264	15,6	60	16,8	324
Ingenieurwissenschaften	1.022	60,4	201	56,3	1.223
Andere bzw. keine Angabe	185	10,9	49	13,4	234
Insgesamt	1.691	100,0	357	100,0	2.048
Studierende insgesamt	7.139		2.101		9.240

Frauen sind unter den Studierenden im Osten im übrigen etwas häufiger vertreten als im Westen: 47 zu 42 Prozent an den Universitäten, 37 zu 30 Prozent an den Fachhochschulen. Entsprechende Anteile von Studentinnen befinden sich auch unter den befragten Studierenden.

Einige der befragten Studierenden haben ihre **Hochschulberechtigung** in dem jeweils anderen Teil Deutschlands erworben oder haben im Laufe des Studiums bereits einen **Wechsel der Hochschule** von den neuen in die alten Bundesländer (seltener umgekehrt) vorgenommen. Die Zahlen und Anteile sind alles in allem sehr gering: An den Universitäten und Fachhochschulen im Westen sind nicht mehr als ein Prozent derartige Wechsler immatrikuliert; an den Hochschu-

len im Osten befinden sich mit zwei (Universitäten) bzw. drei Prozent (Fachhochschulen) anteilmäßig nur wenig mehr Studierende aus dem Westen. Ein Austausch unter den Studierenden zwischen den alten und neuen Bundesländern hat bislang kaum stattgefunden (Stand WS 1992/93). Die Kontaktwünsche, die Pläne für einen Hochschulwechsel und die regionalen beruflichen Absichten lassen nicht erkennen, daß sich ein stärkerer Austausch im Sinne des "Zusammenwachsens" von alleine in größerem Umfang herstellen wird (vgl. Kapitel 6).

Themen: Politische Haltungen, deutsche Vereinigung und Europa

Die Anlage des Studentensurveys ermöglicht drei Untersuchungsperspektiven, die für eine angemessene Einschätzung politischer Orientierungen der Studierenden im vereinten Deutschland zu berücksichtigen sind: (1) Der Vergleich zwischen den **Studierenden in den alten und den neuen Bundesländern**, aus der "ehemaligen DDR" im Osten und aus dem "früheren Bundesgebiet" im Westen; (2) der **zeitliche Vergleich über die fünf Erhebungen zwischen 1983 und 1993**, der allerdings nur für die **westdeutschen Studierenden** möglich ist; (3) der Vergleich zwischen den **Studierenden verschiedener Fächer und Fächergruppen**. Das politische Meinungsbild der "Studentenschaft" erweist sich oftmals als wenig homogen; vielmehr sind bei vielen Themen erhebliche Fachunterschiede zu konstatieren. Diese verschiedenen Vergleiche zwischen Ost und West, früher und heute sowie zwischen verschiedenen Fächern geben Einblick in Differenzen, zum Teil gegensätzliche Konstellationen. Sie sind sowohl für das innere politische Meinungsklima an den Hochschulen als auch im Hinblick auf mögliche gesellschaftliche Entwicklungen von einigem Gewicht und zu beachten.

Der Fragebogen zur Studiensituation und zu den studentischen Orientierungen umfaßt eine Reihe von Fragen über politische und gesellschaftliche Vorstellungen. Der begrenzte Raum dieses Berichtes zwingt zu einer knappen Darstellung und zum Verzicht auf manche vertiefende Analyse. Dennoch werden gewichtige Veränderungen und Unterschiede deutlich: (1) Verlagerungen in den politischen Einstellungen der westdeutschen Studierenden im Zeitraum zwischen 1983 und 1993; (2) teilweise große Differenzen in den politischen Grundpositionen, Zielen und Vorstellungen zwischen den west- und ostdeutschen Studierenden, d.h. verschiedenartige politische Kulturen; (3) erhebliche Unterschiede zwischen den Angehörigen der verschiedenen Fachbereiche der Hochschulen und (4) einige problematische Befunde im Hinblick auf die hochschulpolitische Abstinenz, die politischen Extreme und die demokratischen Einstellungen der Studierenden sowie im Hinblick auf den geringen Austausch und das geringe Verständnis zwischen Ost- und Westdeutschland.

Zunächst ist das **politische Interesse** der Studierenden und ihr politisches Handlungspotential zu klären. Zugleich ist der Frage nachzugehen, ob und in welchem Maße Protestbereitschaft und die Akzeptanz unkonventioneller Handlungsformen in der Studentenschaft noch verbreitet sind (vgl. Kapitel 2). Ausführlicher wird die geringe **Beteiligung der Studierenden an politischen Gruppen und Gremien der Hochschule** thematisiert: Welchen Aufgaben sollen sich die studentischen Vertretungen vordringlich zuwenden und wie umstritten ist das "allgemeine politische Mandat"? (vgl. Kapitel 3).

In den **politischen Grundpositionen und Zielen** der Studierenden tritt mancher Dissens zutage. Die Konstellationen in den neuen Bundesländern sind deutlich anders als in den alten Bundesländern; unterschiedliche Traditionen und Erfahrungen machen sich bemerkbar, die manche der ostdeutschen Studierenden in extremere Positionen - rechte oder linke - tendieren lassen (vgl. Kapitel 4). Die **Einstellungen zu grundlegenden Prinzipien der Demokratie** lassen ebenfalls manche Schwierigkeiten mit dem Verständnis einer offenen, pluralen und kontroversen Demokratie erkennen. Die demokratischen Institutionen und Instanzen wie Parlament, Parteien und Politiker stoßen auf eine weit verbreitete Kritik und auf Mißtrauen (vgl. Kapitel 5).

Vor diesem allgemeinen Hintergrund des politischen Potentials und der politischen Positionen der Studierenden in Ost und West bildet **die deutsche Vereinigung** einen Schwerpunkt der aktuellen Analyse: Wird die deutsche Vereinigung begrüßt oder skeptisch-distanziert hingenommen? Welche Entwicklungen seit der Vereinigung werden als Fortschritt, welche als Rückschritt erlebt? Trotz aller Probleme überwiegen die Vorteile bei weitem (vgl. Kapitel 6).

Neben der deutschen Vereinigung ist die **europäische Integration** ein wichtiges Thema: Wird die "Idee Europa" von den Studierenden mitgetragen? Offenbar verbinden viele Studierende mehr Befürchtungen als Hoffnungen mit der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas - eine problematische Voraussetzung. Vor allem die Studierenden im Osten können mit der "Idee" und mit dem "Arbeitsmarkt" Europa noch wenig anfangen (vgl. Kapitel 7).

Die Befunde der Erhebung im Wintersemester 1992/93 zu "Student und Politik im vereinten Deutschland" geben Anlaß zu manchen Überlegungen: Wie kann die gegenwärtige hochschulpolitische Apathie der Studierenden und ihre Abstinenz überwunden werden? Wie lassen sich die vorhandenen Differenzen und Distanzen zwischen ost- und westdeutschen Studierenden verringern, wie wäre ein verstärkter Austausch zu befördern? Wie können bedenkliche Signale extremer politischer Haltungen, zum Teil mit der Bereitschaft zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, aufgegriffen und wie kann ihnen durch politische Bildungsarbeit an den Schulen und Hochschulen entgegengewirkt werden? Auf welche Weise lassen sich demokratische Haltungen und Überzeugungen festigen und wie ist tendenziellen Anti-Demokraten zu begegnen? Wie kann den Studierenden die "Idee Europa" überzeugender nahegebracht werden, so daß sie sich mehr dafür engagieren? Solche Fragen sind nicht nur an die "Hochschulpolitik" des Bundes und der Länder zu richten. Vielmehr haben auch die einzelnen Hochschulen sowie die studentischen Gruppen und Gruppierungen und nicht zuletzt die Studierenden selbst sich damit auseinanderzusetzen und darauf Antworten zu finden. Dazu soll dieser Bericht Informationen und Anregungen bieten.

2 Politisches Interesse und Handlungspotential

Das politische Handlungspotential der Studierenden läßt sich in zwei grundlegenden Koordinaten verorten: der des politischen Interesses und der des politischen Standortes. Damit kann, zwar noch recht einfach und grob, aber doch weitgehend zutreffend, das Ausmaß und die Richtung der "politischen Energie" der Studierenden, zum Beispiel im Fächervergleich, bestimmt werden.

Politisches Interesse der Studierenden

Das **Interesse der Studierenden am allgemeinen politischen Geschehen** ist an den westdeutschen Hochschulen etwas stärker als an den ostdeutschen Hochschulen. Von den westdeutschen Studierenden an Universitäten äußert die Hälfte ein starkes allgemeines politisches Interesse (49%). An den Fachhochschulen ist das allgemeine politische Interesse jeweils geringer, was zu einem Gutteil auf die Fachzusammensetzung zurückzuführen ist; am seltensten (mit 33 Prozent) sind die Studierenden an den ostdeutschen Fachhochschulen politisch stark interessiert (vgl. Abbildung 1).

Die **Europapolitik und die europäische Vereinigung** finden bei westdeutschen Studierenden mehr Interesse als bei ostdeutschen Studierenden; bei ihnen sind zudem größere Defizite im Informationsstand vorhanden (vgl. Kapitel 7). Während sich im Westen ein gutes Drittel (36% an Universitäten) bzw. ein knappes Drittel (31% an Fachhochschulen) in starkem Maße für Europapolitik und die europäische Vereinigung interessieren, sind es im Osten jeweils nur ein gutes Viertel (26% an Universitäten, 27% an Fachhochschulen).

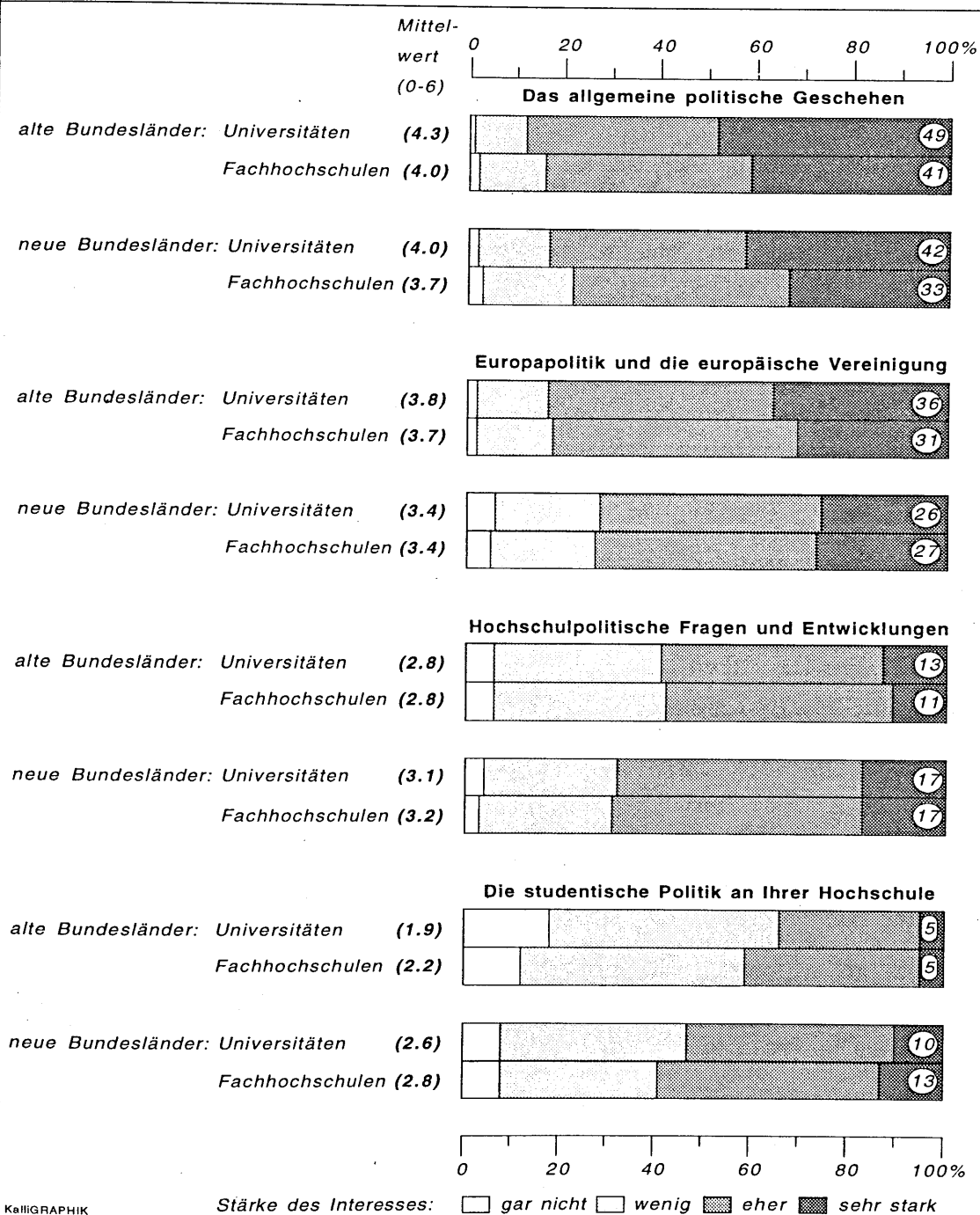
Dagegen interessieren sich die Studierenden in den neuen Bundesländern etwas stärker für **hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen**. Das Feld der Hochschulpolitik stößt unter den Studierenden in Westdeutschland nur auf wenig Resonanz, und zwar an den Universitäten in gleichem Maße wie an den Fachhochschulen (vgl. ausführlicher Kapitel 3). An den westdeutschen Universitäten ist das Interesse an der **studentischen Politik an der eigenen Hochschule** weiter gesunken und befindet sich im Wintersemester 1992/93 nunmehr auf einem besonders niedrigen Stand: Gerade fünf Prozent interessieren sich dafür noch in stärkerem Maße, aber über die Hälfte ist daran gar nicht oder nur wenig interessiert.

Fachunterschiede im politischen Interesse: Juristen in Ost und West vorn

Gegenwärtig sind an den **Universitäten** die Juristen deutlich am stärksten politisch interessiert, gefolgt von den Wirtschaftswissenschaftlern (Mittelwerte von 4.8 und 4.5 bei einer Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark). Die Studierenden der Sozial- und Kulturwissenschaften fallen demgegenüber etwas ab (Mittelwert jeweils 4.3). Vergleichsweise am geringsten ist das politische Interesse bei Medizinern (4.0), Natur- und Ingenieurwissenschaftlern (4.0 bzw. 4.1). Die Stufung des politischen Interesses nach Fächergruppen ist in Ost wie West ganz analog: jeweils die Juristen (mit 4.8 bzw. 4.3) liegen an der Spitze (vgl. dazu auch Abbildung 2a und 2b).

Abbildung 1
Politisches Interesse der Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)

(Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark; Mittelwerte und Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien: 0 = gar nicht, 1-2 = wenig, 3-4 = eher, 5-6 = sehr stark)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1992/93, Fr. 96: Wie stark interessieren Sie sich für ...?

An den **Fachhochschulen** ist insgesamt das politische Interesse gedämpfter als an den Universitäten. Gleichzeitig sind die Fachunterschiede geringer. Am ehesten geben sich die Studierenden des Sozialwesens und der Architektur politisch aufgeschlossener; darin unterscheiden sich die Fachhochschulen in den alten und neuen Bundesländern kaum voneinander, nur daß in den jeweiligen Fächern das politische Interesse an den ostdeutschen Fachhochschulen etwas geringer ausfällt.

Niedriger Stand des allgemeinen politischen Interesses im Zeitvergleich

Die Differenzen zwischen den fünf Erhebungen zum Interesse der westdeutschen Studierenden am allgemeinen politischen Geschehen sind zwar statistisch signifikant (aufgrund der hohen Besetzungszahlen), sie sind aber weder substantiell noch weisen sie einen eindeutigen zunehmenden oder abnehmenden Trend auf (vgl. Tabelle 2). Auf alle Fälle ist das politische Interesse der westdeutschen Studierenden zwischen 1990 und 1993 zurückgegangen und hat im Zeitraum von 1983 bis 1993 einen vergleichsweise niedrigen Stand. Dies trifft eher für die Studierenden an Universitäten, nur abgeschwächt für die Studierenden an den Fachhochschulen zu.

In den alten Bundesländern ist in allen Fächergruppen ein leichtes Abflauen des politischen Interesses zu beobachten. Am stärksten ist die Abnahme in den Fächern der Sozialwissenschaften, am geringsten in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften.

Tabelle 2 Allgemeines politisches Interesse der Studierenden in West- und Ostdeutschland (Zeitreihe 1983 bis 1993) (Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark; Mittelwerte und Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien: 0-2 = wenig, 3-4 = eher, 5-6 = stark)						
Interesse am allgemein-politischen Geschehen	Studierende an Universitäten: westdeutsche					ostdeutsche
	1983 (6.607)	1985 (7.663)	1987 (7.532)	1990 (6.999)	1993 (5.448)	1993 (1.744)
wenig	9	13	12	10	12	17
eher	36	39	38	35	39	42
stark	55	48	50	55	49	41
Mittelwerte	4.5	4.2	4.3	4.4	4.3	4.0
Interesse am allgemein-politischen Geschehen	Studierende an Fachhochschulen: westdeutsche					ostdeutsche
	1983 (1.059)	1985 (2.324)	1987 (2.279)	1990 (1.813)	1993 (1.691)	1993 (357)
wenig	12	19	17	14	16	22
eher	43	43	43	40	42	45
stark	45	38	40	46	42	33
Mittelwerte	4.2	3.8	4.0	4.1	4.0	3.7

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 96.: Wie stark interessieren Sie sich für ...?

Einen im Vergleich zur Bevölkerung hohen Grad politischen Interesses der Studierenden haben auch frühere Studentenuntersuchungen erbracht. Verschiedene Erhebungen seit 1961 verzeichneten für die Studierenden Anteile zwischen 55 und 70 Prozent stark an Politik Interessierter (die Bevölkerung lag zwischen 15 bis 30 Prozent; Jugendliche zwischen 20 und 35 Prozent). Im längerfristigen Vergleich ist die gegenwärtige Studentengeneration in geringerem Maße politisch interessiert und aktiv, wenngleich immer noch deutlich häufiger als die Bevölkerung oder gleichaltrige Jugendliche (vgl. Bargel 1985, S. 68; aktuell Hansen 1994).

Politischer Standort: Einordnung im Links-Rechts-Spektrum

Sicherlich ist die Einordnung in das traditionelle Links-Rechts-Schema für sich allein nicht ausreichend, da schematisch und abstrakt. Dennoch erweist sich diese Selbsteinstufung als (überraschend) aussagekräftig, denn damit sind ganz unterschiedliche politische Positionen und andersartige Konstellationen der politischen Ziele verknüpft. "Linke" und "Rechte" Studierende haben in der Tat markant andere politische Einstellungen und Ziele (vgl. dazu Kapitel 4).

Von den Studierenden bezeichnen sich, im Vergleich zur Bevölkerung, ein Drittel als "links", nur drei Prozent als "rechts" (weitere 10 Prozent als eher rechts). Einige Studierende - etwa jede(r) elfte - können diese Einordnung nicht vornehmen. Verglichen mit der Bevölkerung sieht sich die studentische Mehrheit eher "links" - und zwar im Osten und Westen in nahezu analoger Größenordnung. An den Universitäten stufen sich die Studierenden häufiger als an den Fachhochschulen links ein, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Fächerzusammensetzung (vgl. Tabelle 3).

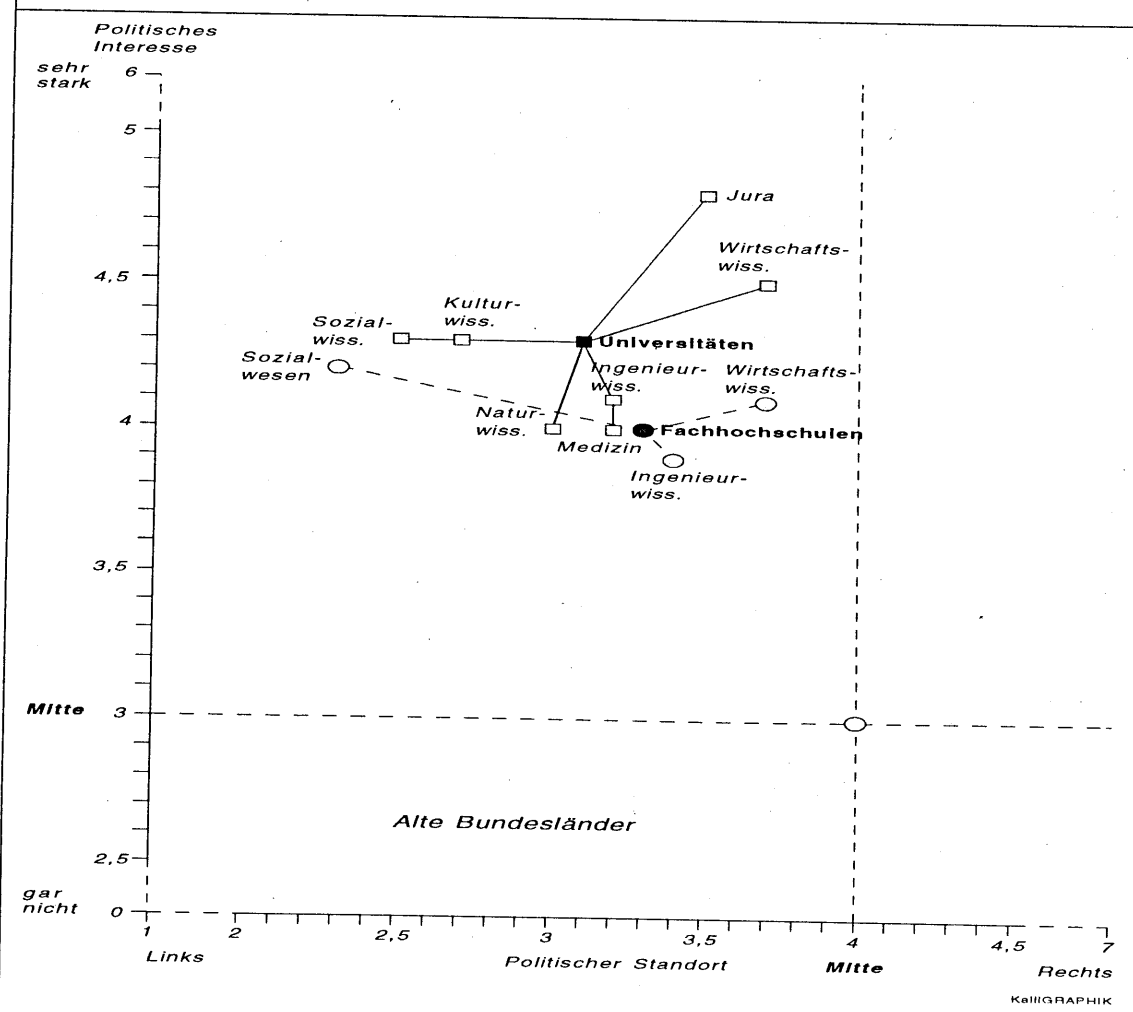
Tabelle 3 Politische Einordnung im Links-Rechts-Spektrum im Vergleich zur Bevölkerung bei Studierenden in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93) (Skala von 1 = links bis 7 = rechts; 8 = kann ich nicht beurteilen; Angaben in Prozent und Mittelwerte)				
Einordnung im Links-Rechts-Spektrum	Studierende im WS 1992/93			
	alte Bundesländer Universitäten (5.448)		neue Bundesländer Universitäten (1.744)	
	Fachhochschulen (1.691)	Fachhochschulen (357)		
ganz links	8	6	11	11
links	25 } 33	21 } 27	27 } 38	19 } 30
eher links	27	23	25	21
Mitte	20	21	19	24
eher rechts	10	12	8	12
rechts	2 } 3	2 } 3	2 } 3	2 } 3
ganz rechts	1	1	1	1
kann ich nicht beurteilen	7	14	7	10
Mittelwerte	3.1	3.3	3.0	3.2

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1992/93, Fr. 103: Auch wenn es vielleicht sehr vereinfacht ist, wie würden Sie Ihren politischen Standort zwischen links und rechts einordnen?

Politisches Handlungspotential in den Fächergruppen

Verortet man die einzelnen Fächergruppen in den Grundkoordinaten nach dem politischen Interesse und Standort (Links-Rechts-Einordnung) ihrer Studierenden, ist zuerst das Gemeinsame festzuhalten: Alle Fächergruppen - im Osten wie im Westen - liegen deutlich über einem mittleren politischen Interesse und befinden sich mehr oder weniger links von der Mitte (der Bevölkerung). Keine Fächergruppe läßt sich daher als apathisch-desinteressiert oder als überwiegend rechts bezeichnen - gemäß dem Selbstverständnis der Studierenden. Jedoch sind die Unterschiede nach dem politischen Standort zwischen den Fächergruppen ausgeprägter als nach dem Interesse am politischen Geschehen (vgl. Abbildungen 2a und 2b).

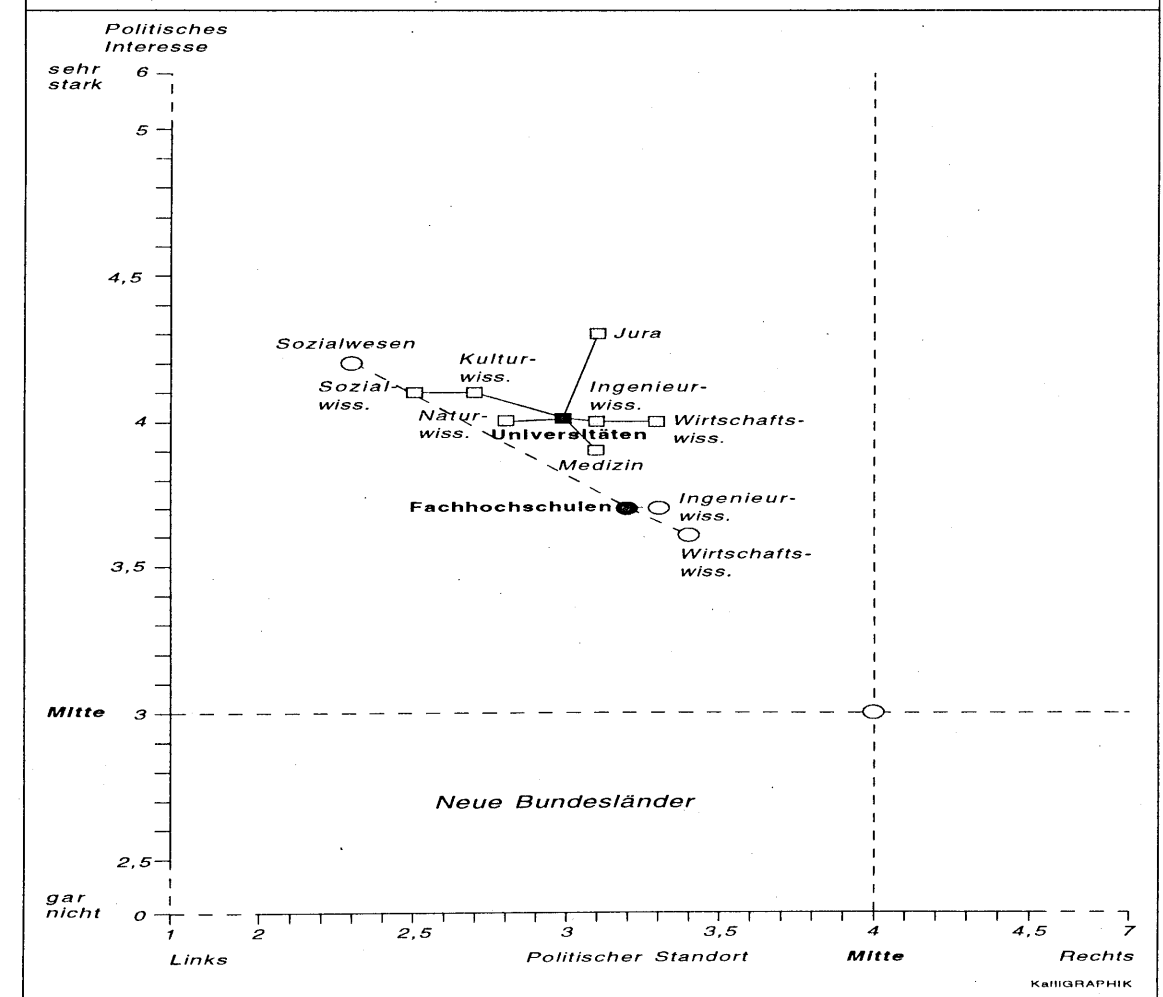
Abbildung 2a
Politisches Handlungspotential in den Koordinaten von Interesse und Standort nach Fächergruppen in den alten Bundesländern (WS 1992/93)
 (Mittelwerte)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 96 und Fr. 103.

An den **Universitäten** lassen sich drei Gruppen nach dem politischen Handlungspotential unterscheiden: (1) die Juristen und Ökonomen sind stark interessiert und vertreten eine eher konventionelle politische Linie; (2) die Sozial- und Kulturwissenschaftler besetzen eher links-alternative Positionen; (3) die Ingenieur- und Naturwissenschaftler sowie die Mediziner haben ein geringeres politisches Interesse und befinden sich - im studentischen Milieu - zwischen dem eher konventionell-konservativen und dem eher alternativ-linken Lager. Eine derartige Differenz politischer Handlungspotentiale und Kulturen ist für amerikanische Universitäten ebenfalls nachgewiesen worden (vgl. Ladd/Lipset 1975). Sie wird noch schärfer konturiert und ausgefüllt, wenn die politischen Richtungen und die demokratischen Einstellungen einbezogen werden (vgl. Bargel/ Framhein/ Lensing 1988, S. 258-260; außerdem Kapitel 5).

Abbildung 2b
Politisches Handlungspotential in den Koordinaten von Interesse und Standort nach Fächergruppen in den neuen Bundesländern (WS 1992/93)
 (Mittelwerte)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 96 und Fr. 103.

An den **Fachhochschulen** nehmen die Studierenden des Sozialwesens eine politische Sonderstellung ein: Sie sind politisch deutlich interessierter und weit "links-alternativer" als die Studierenden der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften. Letztere sind gleichermaßen seltener politisch aufgeschlossen und ordnen ihren Standort überwiegend näher der "Mitte" ein.

Das Grundmuster der Verteilung politischer Handlungspotentiale nach Fächergruppen stellt sich in den alten und neuen Bundesländern ganz ähnlich dar. Im Osten sind die Differenzen zwischen den Fächergruppen jedoch geringer. Die Wirtschaftswissenschaftler nehmen eine etwas andere Lage ein: ihre politische Energie ist schwächer ausgeprägt als im Westen.

Hinsichtlich der politischen Handlungspotentiale in den Fächergruppen ist eine wichtige Veränderung an den westdeutschen Universitäten zu konstatieren: Unter den Studierenden der Sozial- und Humanwissenschaften hat das politische Interesse im Zeitvergleich stark abgenommen und der politische Standort ist weniger weit links. Insofern haben sich die Sozialwissenschaftler mehr und mehr dem politischen Handlungspotential der Sprach- und Kulturwissenschaftler angeglichen. Ihre politische Energie ist deutlich abgeschwächt. Verstärkt haben Juristen und Ökonomen gleichsam die "Meinungsführerschaft" im politischen Klima der westdeutschen Universitäten übernommen.

Verteilung der "politischen Energie" im Links-Rechts-Spektrum

Bereits frühere Studentenuntersuchungen haben eine "ungleiche Verteilung der politischen Energie im Links-Rechts-Spektrum" erkennen lassen (vgl. Noelle-Neumann 1979, S. 4-5). Dieser Zusammenhang gilt ebenfalls für die Studierenden des Wintersemesters 1992/93: Je stärker das politische Interesse ausgeprägt ist, desto mehr wird der eigene Standort als "links" eingestuft. Dies ist in den alten Bundesländern wie in den neuen Bundesländern, an den Universitäten wie an den Fachhochschulen der Fall.

Politisch passivere Studierende sehen sich demnach zumeist in Übereinstimmung mit den politischen Haltungen in der Bevölkerung; dies besagt nicht, daß aktivere "Linke" radikale oder extreme Positionen einnehmen. Gerade was sozialistisch-kommunistische Ziele angeht, hat sich die Zustimmung unter den westdeutschen Studenten sogar stark abgeschwächt; wie auch strikt alternative Werte stark zurückgegangen sind (vgl. Bargel 1989, S. 241-246). Außerdem bleibt zu beachten, daß die allgemeine These von der ungleichen Verteilung der politischen Energie im Links-Rechts-Spektrum bei einem Vergleich der Fächer und Fächergruppen zu differenzieren ist.

Protestbereitschaft hat im Westen nachgelassen

Spätestens seit dem studentischen Aufbegehren in der zweiten Hälfte der 60er Jahre wird immer wieder die Frage gestellt: Wann protestieren die Studenten? "Kein Land und keine Zeit ist von Studentenkrawallen verschont geblieben. Studenten sind junge, streitbare Leute, stets geneigt, für ihre Ideen auch mit Gewalt einzutreten. Ein Funke genügt, die immer glimmende Streitlust hell anzufachen" (Berliner Illustrierte Zeitung, 24.7.1932). Diese Sätze standen 1932 in der Ber-

liner Illustrierten Zeitung - und wie es sich für eine Illustrierte gehört, waren sie mit Bildern aus Prag, Madrid, Wien, Paris, Harvard, Athen belegt: In Prag protestieren Studenten gegen die Zulassung von Ausländern zum Medizinstudium; in Paris werfen Studenten einem Abgeordneten die Fenster ein, weil er eine unliebsame Änderung der Hochschulgesetze beantragt hatte; in Athen demonstrieren Studenten mit Latten und Knüppeln für den Anschluß der Insel Cypern; in Harvard gehen die Studierenden wegen der wirtschaftlichen Notlage auf die Straße; in Wien sperren studentische Brauhemden die Universitätseingänge ab.

Studierende haben offenbar eine grundsätzliche Neigung zum Protestieren und Demonstrieren; in den Formen sind sie oftmals nicht zimperlich. Dies gilt auch für alle Studentengenerationen der Nachkriegszeit, freilich in unterschiedlichem Maße. Im Wintersemester 1992/93 ist das Protestpotential nicht sonderlich hoch: Nur ein Drittel etwa gibt sich prinzipiell protestbereit, im Osten geringfügig mehr (Universitäten 34 Prozent, Fachhochschulen 36 Prozent). Aber größere Teile der Studentenschaft denken nicht an Proteste: im Westen nahezu die Hälfte, im Osten 40 Prozent (die übrigen sind unentschieden). Im zeitlichen Vergleich zwischen 1983 und 1993 ist an den westdeutschen Universitäten und Fachhochschulen die Bereitschaft zum Protest so gering wie zu keinem anderen Erhebungszeitpunkt; vor allem gegenüber 1989 ist ein Abfall zu verzeichnen (Rückgang prinzipieller Protestierer von 21 auf 16 Prozent an den Universitäten, von 23 auf 14 Prozent an den Fachhochschulen). Diese Abnahme der Protestbereitschaft verläuft analog zum geringeren politischen Interesse, vor allem an Hochschulpolitik und studentischer Politik.

Rahmen und Ziel des möglichen Protestes bleiben auf die Studienbedingungen, die studentischen Lebensverhältnisse und die zukünftige Chancenperspektive weitgehend begrenzt. Es handelt sich um "punktuelle Aktionen" ohne breitere ideelle Einbettung. Die Proteste beziehen sich enger auf materielle Probleme, die in ihrer Bedeutsamkeit unter den Studierenden gegenüber ideellen Zielen zugenommen haben: Finanzierung, Wohnsituation und Erwerbschancen. Sie haben eher den Charakter einer Interessenwahrnehmung ohne darüber hinausgreifende Ideen oder Umgestaltungsabsichten. Gegenwärtig sind die Studierenden insofern "kein Ferment politischer Unruhe" (von Friedeburg), da sie die Gesellschaft wenig grundsätzlich fordern, die "Machtfrage" schon gar nicht stellen. Man kann aber nicht davon ausgehen, die Studierenden hätten ihre Kritik und ihren Protest endgültig an den Nagel gehängt. Dafür ist die grundsätzliche Protestbereitschaft noch hinreichend vorhanden. Sie ist zudem verbunden mit verbreiteter Unzufriedenheit über die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten, in Ost wie in West, sowie mit starker Kritik an Parteien und Politik (vgl. Kapitel 5). All dies kann dazu beitragen, daß die Studierenden Anlässe finden, ihre latente Protestbereitschaft wieder zu aktivieren.

Bereitschaft zu unkonventionellen Aktionsformen

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist darauf zu verweisen, daß auch punktuelle, materiell orientierte Proteste ohne weiterreichende ideologische Überhöhungen dennoch in harter Gangart vorgebracht werden und eskalieren können. Gerade unter den westdeutschen Studierenden ist

die Akzeptanz unkonventioneller, zum Teil nötiger Aktionsformen bei Auseinandersetzungen weiterhin recht verbreitet.

Um Kritik an hochschulpolitischen Entwicklungen zu äußern und Forderungen vorzubringen, finden die verschiedenen Aktionsformen bei den Studierenden eine klare Stufung der Akzeptanz und Ablehnung. Ganz unzweifelhaft steht für sie die **Diskussion zwischen Studierenden und Lehrenden** als angemessenste und legitimste Form an erster Stelle - und dies nahezu uneingeschränkt bei allen Studierenden (90 Prozent).

Zwei weitere Formen werden ebenfalls ganz überwiegend prinzipiell akzeptiert, jedoch mit größeren Differenzen zwischen West und Ost: **Flugblätter und Wandzeitungen** (70 Prozent im Westen, 60 Prozent im Osten) und **Demonstrationen und Kundgebungen** (60 Prozent im Westen, 40 Prozent im Osten). Die ostdeutschen Studierenden haben häufiger Vorbehalte, Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblätter und Wandzeitungen als Mittel des Protests grundsätzlich anzuerkennen.

Stark umstritten ist der **Boycott von Lehrveranstaltungen**: Zwar spricht sich eine Mehrheit in Ausnahmefällen dafür aus, aber im Westen sind die Anteile prinzipieller Befürworter wie Gegner von möglichen Boykotts etwa gleich stark (jeweils ein knappes Viertel); im Osten ist sogar ein noch größerer Anteil (ca. ein Drittel) prinzipiell dagegen. Hinsichtlich einer **Institutsbesetzung** als Signal von Kritik und Protest ist die Studentenschaft in Ost und West gleichermaßen gespalten: die eine Hälfte lehnt sie grundsätzlich ab, die andere Hälfte akzeptiert sie, allerdings ganz überwiegend nur in Ausnahmefällen. Die Akzeptanz dieser "nötigenden" und "aggressiven" politischen Aktionsform wird in den neuen Bundesländer ähnlich wie der Boycott etwas weniger in Betracht gezogen.

Die Formen der politischen Betätigung, um Kritik und Forderungen zu äußern, werden von den ostdeutschen Studierenden zurückhaltender beurteilt; jedenfalls werden sie seltener von ihnen grundsätzlich akzeptiert, entweder nur in Ausnahmefällen (wie Demonstrationen und Kundgebungen) oder eher grundsätzlich abgelehnt (wie den Boycott von Lehrveranstaltungen). Diese Zurückhaltung bei demonstrativen und härteren Aktionen, obwohl die grundsätzliche Protestbereitschaft nicht geringer als im Westen ist, mag zwei Gründe haben: zum einen die besseren Kontakte zu den Hochschullehrern und das bessere soziale Klima an den Hochschulen (vgl. Bargel 1993a), zum anderen die noch geringere "Selbstverständlichkeit" von Demonstrationen, Kundgebungen und auch Streiks als Teil der politischen Partizipation und Meinungsäußerung in der Demokratie (vgl. Kapitel 5).

3 Hochschulpolitik und studentische Vertretungen

Gegenüber den bewegten Zeiten an den Hochschulen bis in die Mitte der 70er Jahre, mit manchen Auseinandersetzungen um Hochschulstrukturen, -reformen und -gesetze, ist es seit den 80er Jahren viel ruhiger geworden. Viele Studierende haben Abschied von der Hochschulpolitik genommen. Diese Abstinenz ist jedoch weniger Ausdruck allgemeiner Zufriedenheit mit den Verhältnissen als vielmehr Folge von Desinteresse und Resignation.

Abnehmendes Interesse an hochschulpolitischen Fragen und studentischer Politik

Verständlich wird der Eindruck einer verbreiteten hochschulpolitischen Apathie der Studierenden, wenn ihr Interesse an Hochschulpolitik und insbesondere an "studentischer Politik" betrachtet wird. Sowohl die Hochschulpolitik als auch die studentische Politik findet bei den westdeutschen Studierenden kaum Anklang, jedenfalls noch weniger als bei den ostdeutschen Studierenden.

Im Gegensatz zur allgemeinen Politik interessieren sich die Studierenden in den neuen Bundesländern etwas stärker für hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen als ihre westlichen Kommilitonen. Für die studentische Politik an der eigenen Hochschule fällt ihr Interesse sogar deutlich höher aus (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4
Interesse an Hochschulpolitik und studentischer Politik bei west- und ostdeutschen Studierenden (Zeitreihe 1983 bis 1993)

(Skala von 0 = gar nicht bis 6 = sehr stark; Mittelwerte und Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien: 0-2 = wenig, 3-4 = eher, 5-6 = stark)

Wie stark interessieren Sie sich für ...	Studierende: ¹⁾ westdeutsche					ostdeutsche
	1983 (7.817)	1985 (10.038)	1987 (9.852)	1990 (8.812)	1993 (7.139)	1993 (2.101)
Hochschulpolitik allgemein						
wenig	36	41	41	36	41	32
etwas	47	45	46	50	47	51
stark	17	14	13	14	12	17
Mittelwerte	3.0	2.9	2.8	3.0	2.8	3.1
Studentische Politik						
wenig	55	61	61	61	64	46
etwas	36	32	32	32	31	43
stark	9	7	7	7	5	11
Mittelwerte	2.3	2.2	2.1	2.2	2.0	2.6

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 96.

1) Differenzen nach der Hochschulart werden nicht ausgewiesen, zumal sie gering sind (vgl. Abbildung 1).

Studentische Politik, einst Markenzeichen einer selbstbewußten und aktiven Vertretung studentischer Ansprüche und Absichten, findet unter den Studierenden kaum noch Anhänger. In den 80er Jahren fiel das Interesse an studentischer Politik bei den westdeutschen Studierenden weiterhin allmählich ab. Mittlerweile treten im Westen nur noch fünf Prozent der Studierenden engagiert für die studentische Politik ein.

Informationsstand: überwiegend unzureichend

Entsprechend dem geringen Interesse an hochschulpolitischen Fragen ist der Informationsstand der Studierenden im Bereich der Hochschulpolitik und der politischen Mitwirkung an den Hochschulen außerordentlich schlecht. Nahezu zwei Drittel der Studierenden wissen über **aktuelle Konzepte der Hochschulentwicklung** zu wenig Bescheid - wie sie selbst einräumen. Jeweils jeder achte gesteht sogar zu, daß er daran gar nicht interessiert ist (vgl. Tabelle 5).

Ebenfalls sind die **Mitbestimmungsrechte und Entscheidungsstrukturen an der eigenen Hochschule** der Hälfte und mehr zu wenig bekannt. Eine Reihe von Studierenden, vor allem an den westdeutschen Universitäten, interessiert sich zudem dafür gar nicht. Dieser Umfang von Desinteresse und Informationsdefiziten ist kaum als hinreichende Voraussetzung für eine sinn-

Tabelle 5
Informationsstand der Studierenden über Konzepte der Hochschulentwicklung und Mitbestimmung an der Hochschule (WS 1992/93)
 (Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien 1-2 = viel und etwas zu wenig, 3 = ausreichend, 4-5 = gut und sehr gut, 6 = interessiert mich nicht)

Informationsstand über ...	Studierende im WS 1992/93			
	alte Bundesländer Universitäten (5.448) Fachhochschulen (1.691)		neue Bundesländer Universitäten (1.744) Fachhochschulen (357)	
Aktuelle Konzepte der Hochschulentwicklung				
zu wenig	63	64	65	63
ausreichend	18	18	17	19
gut	7	6	5	8
interessiert mich nicht	12	12	13	12
Insgesamt	100	100	100	100
Mitbestimmungsrechte und Entscheidungsstrukturen an Ihrer Hochschule				
zu wenig	57	49	58	51
ausreichend	23	31	25	28
gut	8	12	8	16
interessiert mich nicht	12	8	9	5
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 14: Wie informiert fühlen Sie sich über folgende Bereiche?

volle Partizipation am Hochschulgeschehen anzusehen. An den Fachhochschulen in West wie Ost sind die Studierenden darüber noch etwas besser informiert als an den Universitäten - ein Indiz ihrer günstigeren Integration an den überschaubaren Fachhochschulen.

Politische Beteiligung in der Hochschule: verbreitete Abstinenz

Angesichts des geringen hochschulpolitischen Interesses ist eine stärkere Beteiligung an den Gremien der Hochschule oder den politischen Gruppen kaum zu erwarten. In der Tat ist die studentische Partizipation an ihren Hochschulen alles in allem sehr gering. Jeweils größere Anteile (41 bzw. 53 Prozent) oder sehr große Anteile (61 bis 72 Prozent) bekunden ihr Desinteresse an Mitarbeit und Beteiligung, je nachdem, um welche Instanzen oder Gruppen es sich handelt. Ein gehöriges Maß an Gleichgültigkeit ist zu erkennen.

Vergleichsweise viele Studierende beteiligen sich wenigstens aktiv an der Arbeit ihrer **Fachschaften**. Diese sind am ehesten in der Lage, Studierende zu integrieren und zu aktivieren. Das gilt für die Hochschulen im Westen noch stärker als im Osten, wo die Fachschaften sich noch kaum etabliert haben und manchen Studierenden unbekannt sind. An den westdeutschen Hochschulen spielen die Fachschaften eine wichtige Rolle bei der studentischen Integration.

Die **studentische Selbstverwaltung und studentische Vertretung** (AStA u.ä.) findet bei den Studierenden vielfach keine Resonanz. Die Distanz ist vor allem an den westdeutschen Universitäten sehr groß, wo sich nur noch vier Prozent durch wenigstens gelegentliche Teilnahme engagieren. Fast die Hälfte der Studierenden an den Universitäten stehen dem AStA und den studentischen Vertretern desinteressiert gegenüber. An den Fachhochschulen, insbesondere den ostdeutschen, ist das Desinteresse an der studentischen Vertretung weniger verbreitet; dort besitzen sie etwa die gleiche Attraktivität wie die Fachschaften und dienen in ähnlichem Umfang als Plattform für Aktivitäten.

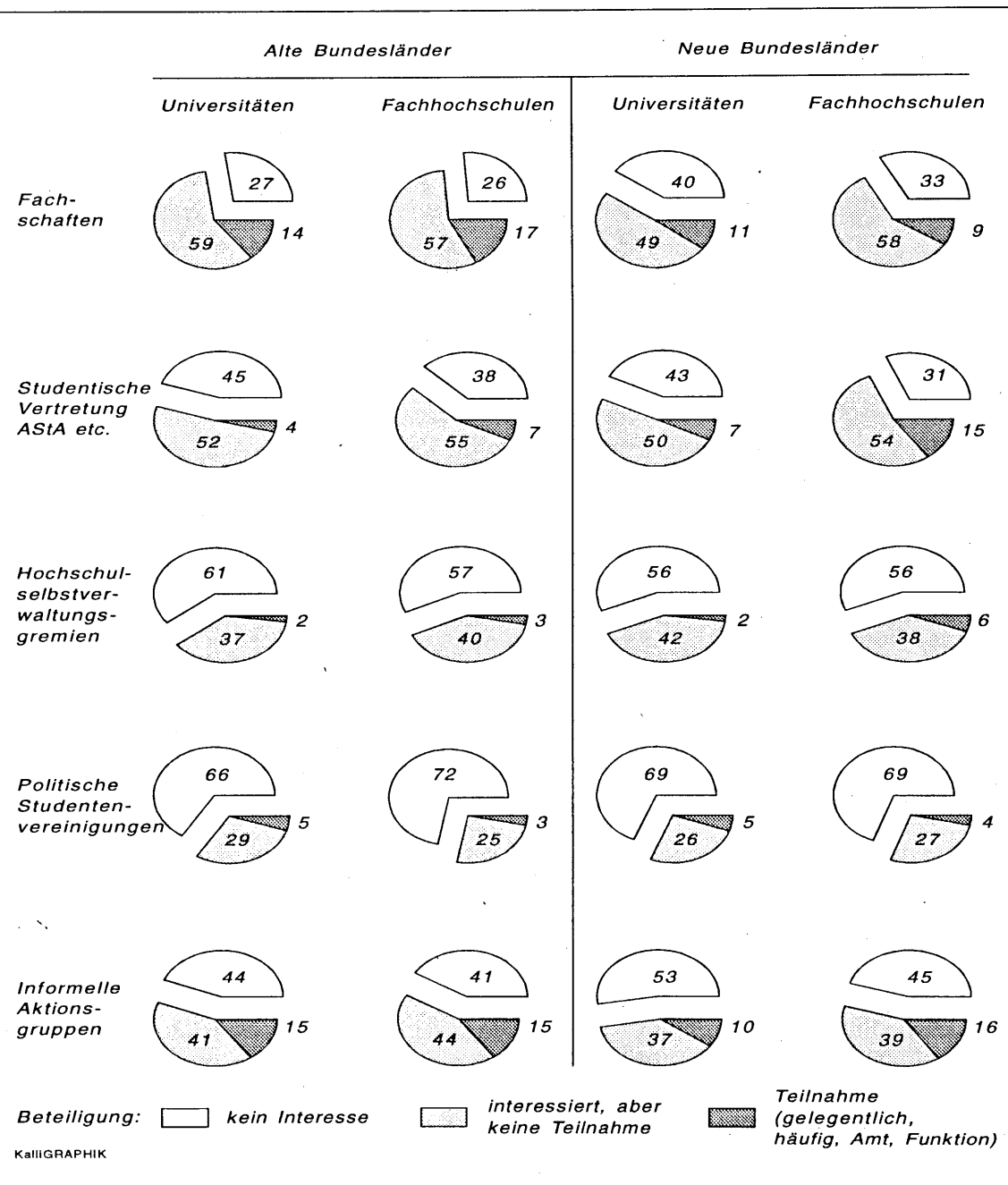
Die **offiziellen Selbstverwaltungsgremien** der Hochschulen werden von einer Mehrheit der Studierenden ignoriert, am meisten an den westdeutschen Universitäten (61 Prozent sind desinteressiert). Nur ein gutes Drittel (37 bis 42 Prozent je nach Hochschulart) interessiert sich überhaupt für diese Gremien und ihre Entscheidungen; nur ganz wenige Studierende (2 bis 6 Prozent) nehmen in irgendeiner Weise aktiv daran teil.

Politische Studentenvereinigungen sind für die Mehrheit (zwei Drittel) der Studierenden gleichsam "out". Sie haben kaum noch Mitglieder und stoßen ansonsten auf wenig Aufgeschlossenheit. Sie bilden die Plattform für nur wenige studentische Aktivisten; am ehesten noch an den Universitäten (mit knapp 5 Prozent).

Informelle Aktionsgruppen können etwas häufiger damit rechnen, bei den Studierenden Interesse und Beteiligungsbereitschaft zu wecken. In solchen Gruppen sind immerhin 10 bis 16 Prozent (je nach Hochschulart) der Studierenden aktiv, weitere 37 bis 44 Prozent sind daran interessiert (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3
 Beteiligung der Studierenden¹⁾ an politischen Gremien und Gruppen der Hochschule
 in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)

(Angaben in Prozent)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 59: Wie interessiert sind Sie gegenwärtig an den Aktivitäten folgender Gruppen an Ihrer Hochschule, und wie intensiv nehmen Sie daran teil?

1) Berücksichtigt werden bei den Verteilungen nicht jene Studierenden, die bei den Gruppen und Gremien angeben: "gibt es nicht" bzw. "unbekannt". Besonders an den neugegründeten Fachhochschulen in Ostdeutschland sind diese Anteile zum Teil erheblich (vgl. Ausführungen im Text).

Auffällig an der Situation der neugegründeten Fachhochschulen in Ostdeutschland ist der Umstand, daß große Teile der Studierenden nicht wissen, ob es derartige Einrichtungen, Gremien oder Gruppen gibt. Fast einem Drittel sind die Fachschaften noch unbekannt (31%). Immerhin 14 Prozent meinen, es gäbe keine studentische Vertretung; gar 29 Prozent meinen, daß es die offiziellen Selbstverwaltungsgremien nicht gibt. Das Fehlen politischer Studentenvereinigungen wie informeller Aktionsgruppen vermelden jeweils über ein Drittel (41 bzw. 36%).

Aufgaben der studentischen Vertretung

Die Palette der Aufgaben, denen sich die studentische Vertretung annehmen kann oder soll, ist breit gefächert. Sie umfaßt den Einsatz für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen, die Mitwirkung an Prüfungsbedingungen und Lehrinhalten, die Beeinflussung der internen Hochschulpolitik, die Studienberatung und Studienhilfe, das Befassen mit den sozialen Belangen der Studierenden und ihrer kulturellen Interessen, die Verbesserung der Qualität der Lehre bis hin zur politischen Organisation der Studentenschaft und ihrer politischen Vertretung nach außen im Sinne eines allgemeinpolitischen Mandats.

Die Studierenden in Ost und West entwerfen einen ganz ähnlichen Katalog von Aufgaben, für die sich ihre Studentenvertretungen vordringlich einsetzen sollten. Ganz oben an stellen sie ihren Vertretern die Aufgabe, sich für **bessere Studienbedingungen an den Hochschulen** einzusetzen: etwa neun von zehn Studierenden halten das für vordringlich oder wichtig. Ebenfalls sehr hohe Anteile (durchweg drei Viertel und mehr) nennen als dringliche und wichtige Aufgaben der Studentenvertretung (vgl. Abbildung 4):

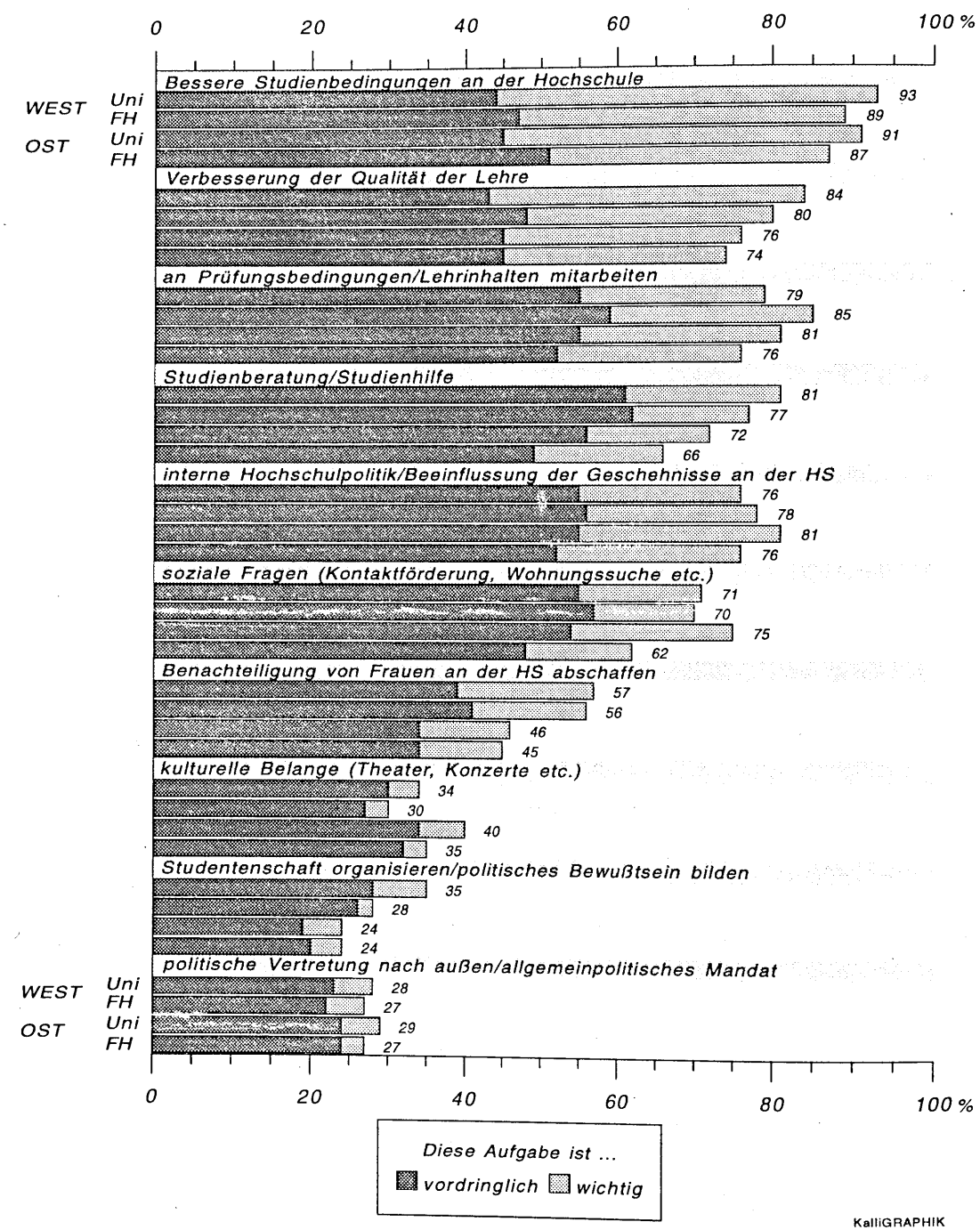
- Verbesserung der Qualität der Lehre,
- interne Hochschulpolitik und deren Beeinflussung,
- Mitarbeit an Prüfungsbedingungen und Lehrinhalten,
- Studienberatung und Studienhilfe,
- soziale Fragen (Kontakte, Wohnungssuche etc.).

Die Unterschiede zwischen den Studierenden in Ost und West wie an Universitäten und Fachhochschulen sind im Grunde gering. Es besteht weithin Einvernehmen, daß dies die sechs zentralen Aufgaben der Studentenvertretung seien, nur die Gewichte werden geringfügig anders gesetzt (vgl. auch die Befunde der 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1992, S. 466-471).

Benachteiligung von Frauen an der Hochschule

Studentinnen bestimmen die Aufgaben der studentischen Vertretung zumeist kaum anders als die männlichen Studierenden, allerdings mit einer erwartbaren Ausnahme: die Abschaffung der Benachteiligung von Frauen an der Hochschule. Studentinnen im Westen fordern dies zu 63 Prozent als vordringliche oder wichtige Aufgabe, die Studenten nur zu 53 Prozent; die Studentinnen im Osten zu 51 Prozent, die Studenten zu 42 Prozent.

Abbildung 4
Aufgaben der studentischen Vertretung nach Auffassung der Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)
 (Angaben in Prozent)



Die Forderung, Benachteiligungen von Frauen an der Hochschule entgegenzuwirken, wird nicht in den Vordergrund der Aufgaben der Studentenvertretung gerückt; manche Studierende sind sogar dagegen. In Ostdeutschland ist der Anteil Studierender, der Frauenfragen nicht als wichtige Aufgabe der Studentenvertretung zuordnet, mit 20 Prozent etwas größer als im Westen (12%); an den neuen Fachhochschulen im Osten spricht sich immerhin ein Viertel dagegen aus.

Allgemein-politisches Mandat umstritten

Für die Studierenden ist es durchweg keine Frage, daß sich ihre studentische Vertretung der internen Hochschulpolitik anzunehmen habe. Die Beeinflussung der Geschicke an der Hochschule stellt kaum jemand in Frage; mehr als drei Viertel der Studierenden an Universitäten wie Fachhochschulen zählen dies zu den wichtigen Aufgaben der Studentenvertretungen. Gänzlich anders fällt dagegen das Votum der Studierenden aus, wenn es um die allgemeine politische Bewußtseinsbildung und Organisation der Studentenschaft geht oder wenn die politische Vertretung nach außen, das allgemein-politische Mandat reklamiert wird. Vergleichsweise wenige Studierende halten beides für wichtige Aufgaben der Studentenvertretung (vgl. Abbildung 4).

In auffallender Weise sprechen sich sogar größere Teile der Studierenden dagegen aus, beides gehöre zu den Aufgaben der Studentenvertretungen. Gegen das allgemeinpolitische Mandat wendet sich in Ost wie West jeweils ein gutes Fünftel (22 bzw. 21%). Den Anspruch, die Studentenschaft politisch zu organisieren, lehnen im Osten noch mehr Studierende ab: Dort sind es an Universitäten 27 Prozent (im Westen 17%), an den Fachhochschulen 25 Prozent (im Westen 19%), die dies als Aufgabe der Studentenvertretung deutlich verneinen.

Zwar befürworten mehr Studierende das politische Mandat der Studentenvertretung als sich dagegen aussprechen, aber alles in allem ist das politische Mandat (und der Streit darum) für die meisten Studierenden von vergleichsweise geringer Relevanz. Dies ist sicherlich zu einigen Teilen auf ihr geringes hochschulpolitisches Interesse und ihre zunehmende Abneigung gegen eine eigenständige studentische Politik zurückzuführen, zu anderen Teilen aber auch darauf, daß sie sich vielfach durch die studentische Vertretung in ihren politischen Ansichten nicht angemessen repräsentiert sehen.

Studierende, die in der studentischen Vertretung aktiv sind, beanspruchen häufiger das allgemein-politische Mandat. Allerdings geschieht dies keineswegs mehrheitlich oder einmütig. Diese Strittigkeit des politischen Mandats unter den Studierenden wie unter Studentenvertretern stellt kein aktuelles Phänomen dar; für die westdeutschen Studierenden gilt dies für die gesamte Erhebungsreihe des Studentensurveys von 1983 bis 1993, und auch in früheren Untersuchungen ist diese gegensätzliche Haltung deutlich geworden (vgl. Adam 1965).

Geringe Übereinstimmung mit der studentischen Vertretung

Fragt man die Studierenden danach, ob die studentische Vertretung an ihrer Hochschule die eigenen hochschulpolitischen Vorstellungen repräsentiert, dann vermag dies ein sehr großer Teil nicht zu beurteilen. Im Westen ist dieser Anteil seit 1983 erheblich angestiegen: an den Univer-

sitäten von 28 auf 46 Prozent, an den Fachhochschulen von 34 auf 50 Prozent (vgl. Tabelle 6). Auch an den ostdeutschen Hochschulen kann etwa die Hälfte keine Auskunft darüber geben, ob die studentischen Vertretungen die eigenen hochschulpolitischen Auffassungen angemessen repräsentieren (Universitäten 55 Prozent, Fachhochschulen 49 Prozent).

Tabelle 6
Hochschulpolitische Übereinstimmung west- und ostdeutscher Studierender mit der studentischen Vertretung (Zeitreihe 1983 bis 1993)
 (Skala von 0 = überhaupt nicht bis 6 = voll und ganz, Mittelwerte und Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien 0-1 = überhaupt nicht, 2-4 = teilweise, 5-6 = voll und ganz.)

Übereinstimmung mit der Studentenvertretung an ...	Studierende: westdeutsche					ostdeutsche 1993
	1983	1985	1987	1990	1993	
Universitäten						
- überhaupt nicht	29	29	27	23	19	13
- teilweise	36	33	33	32	30	28
- voll und ganz	6	6	7	5	4	4
kann ich nicht beurteilen	28	32	33	40	46	55
Mittelwerte	2.2	2.2	2.2	2.2	2.3	2.5
Fachhochschulen						
- überhaupt nicht	23	23	23	16	12	14
- teilweise	36	33	34	35	33	31
- voll und ganz	8	7	7	6	5	6
kann ich nicht beurteilen	34	36	36	43	50	49
Mittelwerte	2.4	2.3	2.3	2.6	2.6	2.6

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 61.: In welchem Ausmaß repräsentieren die derzeitigen Studentenvertretungen (Studentenparlament/AStA) an Ihrer Hochschule Ihre persönlichen hochschulpolitischen Ansichten, Interessen und Meinungen?

Die Gründe für diesen Mangel liegen zum Teil im geringen hochschul- wie studentenpolitischen Interesse der meisten Studierenden. Da sie selbst über einen schlechten Informationsstand verfügen, können sie kaum feststellen, ob sie andere oder gleiche Vorstellungen wie ihre studentischen Vertreter besitzen. Dies signalisiert zugleich die Schwierigkeiten studentischer Vertreter, ihre Klientel anzusprechen und zu erreichen.

Die vielen Studierenden, die nicht beurteilen können, ob die Studentenvertretung sie angemessen repräsentiert, sind ein weiterer Beleg für die hochschulpolitische Apathie. Da sie weniger auf Zufriedenheit mit den Verhältnissen gründet, als vielmehr Folge von Resignation und Gleichgültigkeit ist, muß das erkennbare Ausmaß hochschulpolitischer Abstinenz der Studierenden eher als problematisch bezeichnet werden. Denn mit dieser Gleichgültigkeit geht ein gutes Stück Verantwortungslosigkeit einher.

4 Politische Positionen und Zielpräferenzen

Aussagekräftigere Einsichten in die politischen Haltungen der Studierenden über ihre Einordnung im Links-Rechts-Spektrum hinaus ermöglichen ihre Angaben darüber, inwieweit sie mit den Positionen verschiedener politischer Richtungen übereinstimmen. Die Vorgabe der sechs politischen Grundrichtungen (christlich-konservativ, sozialdemokratisch, liberal, grün-alternativ, marxistisch-kommunistisch und national-konservativ) orientiert sich zwar am Parteienspektrum, ohne aber direkt Parteipräferenzen oder gar Wahlabsichten zu erfragen.

Studierende bevorzugen grün-alternative und sozialdemokratische Positionen

Die Akzeptanz oder Ablehnung der verschiedenen politischen Grundrichtungen fällt an Universitäten und Fachhochschulen ganz ähnlich aus. Bemerkenswerter sind die Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Studierenden. Die Studierenden in Ost wie West stimmen am häufigsten mit grün-alternativen und sozialdemokratischen Grundpositionen überein, im Westen noch etwas häufiger als im Osten. Jeweils weit mehr als die Hälfte bekundet, daß sie den Positionen dieser beiden politischen Richtungen zustimmt (vgl. Abbildung 5).

Liberales und christlich-konservative Grundpositionen sind unter den Studierenden umstritten, wobei christlich-konservative Positionen von ihnen noch weniger geteilt werden. Unter den ostdeutschen Studierenden ist die Ablehnung einer christlich-konservativen Politik mit gut zwei Drittel noch stärker als im Westen mit knapp über der Hälfte.

Im Westen: starke Ablehnung politisch extremer Richtungen

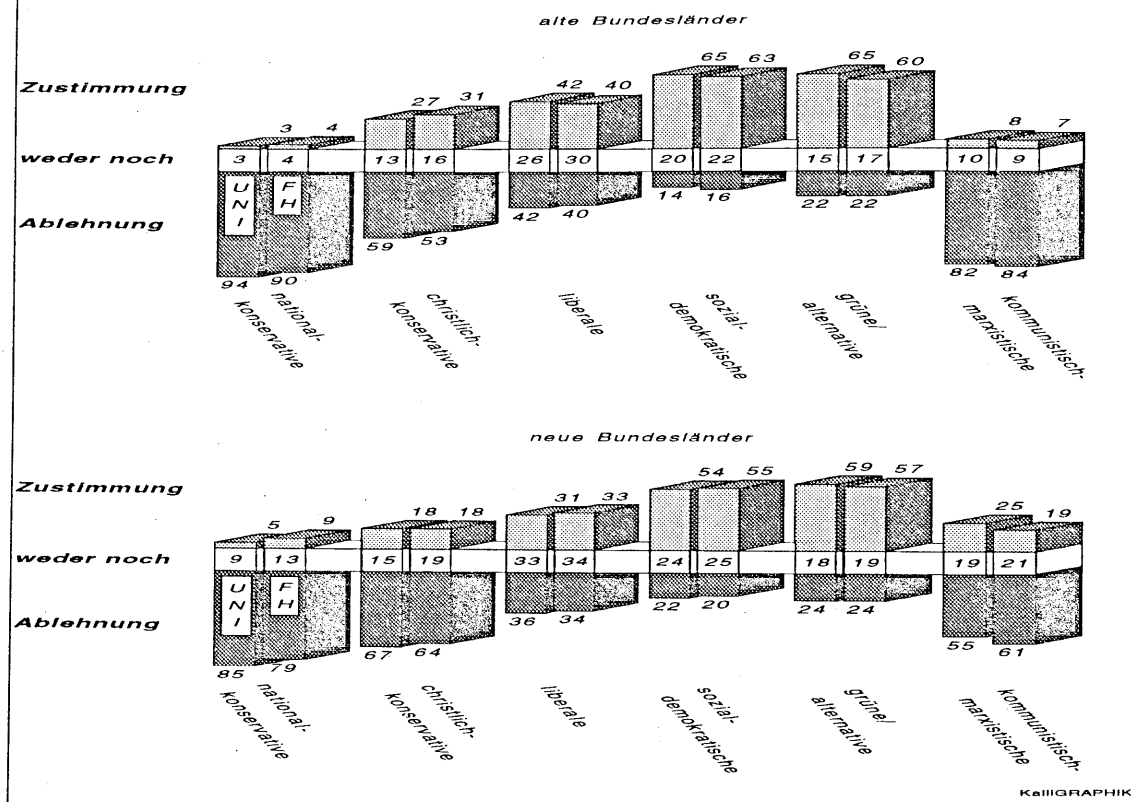
Sowohl national-konservative als auch kommunistisch-marxistische Grundpositionen werden von den Studierenden in Ost wie in West überwiegend und in starkem Maße abgelehnt. Dabei fällt die Ablehnung dieser jeweils extremen politischen Richtungen bei den westdeutschen Studierenden entschiedener und einmütiger aus.

Die **national-konservative Richtung** stößt bei 90 und mehr Prozent auf meist entschiedene Ablehnung. Eine Zunahme im Zeitverlauf ist nicht zu beobachten, vielmehr hat sich die strikte Ablehnung bei den westdeutschen Studierenden zwischen 1983 und 1993 gefestigt (Anstieg von 91 auf 93 Prozent). Der Kreis der durch rechts-konservative Positionen ansprechbaren Studierenden ist im Westen sogar zwischen 1990 und 1993 zurückgegangen: an den Universitäten von acht auf sechs Prozent, an den Fachhochschulen gar von 13 auf acht Prozent.

Die Größenordnung der Anhänger **kommunistisch-marxistischer Positionen** hat sich im Westen in den 80er Jahren bis zur Erhebung im WS 1992/93 kaum verändert: die Anteile Zustimmung (Universitäten 10 bis 8 Prozent; Fachhochschulen durchweg 7 Prozent) und Neutraler (Universitäten wie Fachhochschulen jeweils 9 bis 10 Prozent) bleiben fast unverändert. Dementsprechend ist die Ablehnung mit knapp über 80 Prozent ebenfalls nahezu gleich geblieben.

Abbildung 5
Haltungen gegenüber politischen Richtungen der Studierenden in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)

(Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 stimme völlig, Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien: -3 bis -1 = Ablehnung; 0 = weder noch; +1 bis +3 = Zustimmung)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 99: Wenn Sie Ihre politische Haltung insgesamt kennzeichnen, inwieweit stimmen Sie mit Positionen folgender politischer Grundrichtungen überein, und inwieweit lehnen Sie sie ab?

Häufigere Vertretung extremer Richtungen im Osten

In der Akzeptanz oder Ablehnung der politischen Richtungen bestehen zwischen den ost- und westdeutschen Studierenden erhebliche Unterschiede. Besonders augenfällig sind die Unterschiede bei den beiden extremen Grundpositionen (vgl. Abbildung 5): **Kommunistisch-marxistische Positionen** finden in den neuen Bundesländern bei einem Viertel der Studierenden an den Universitäten und einem Fünftel an den Fachhochschulen Zustimmung und Unterstützung. **National-konservativen Positionen** stimmen fünf Prozent an den ostdeutschen Universitäten, gar neun Prozent an den dortigen Fachhochschulen zu (weitere 13 Prozent haben eine neutrale Einstellung). Während kommunistisch-marxistische Positionen eher an den ostdeutschen Universitäten Anklang und Anhänger finden, werden national-konservative Positionen häufiger an den ostdeutschen Fachhochschulen akzeptiert oder vertreten.

Da in den neuen Bundesländern die traditionellen politischen Grundrichtungen der Bundesrepublik Deutschland wie christlich-konservativ, liberal und sozial-demokratisch weniger Akzeptanz erfahren, ergibt sich eine stärker durch die Extreme besetzte politische Meinungslandschaft an den Hochschulen im Osten, und zwar auf der rechten wie auf der linken Seite. Es handelt sich zwar um Minderheiten, aber sie sind in ihrem Umfang durchaus relevant.

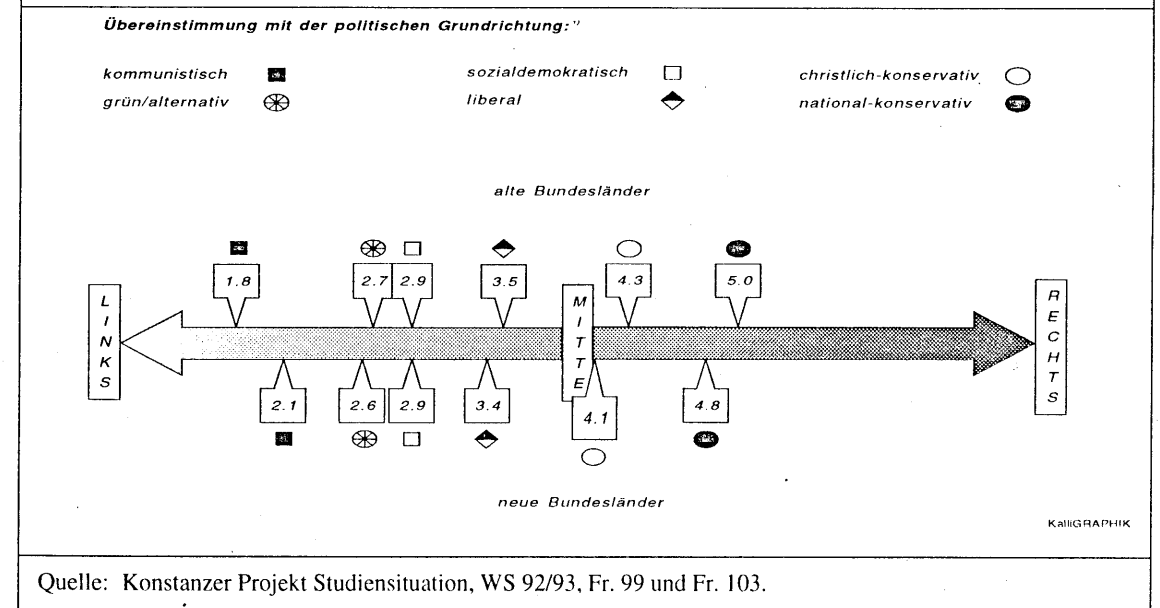
Die Bevorzugung politischer Richtungen in der Studentenschaft schlägt sich weitgehend in den Wahlabsichten der Studierenden nieder, wenngleich nicht völlig spiegelbildlich. Jedenfalls hätte gemäß den Wahlabsichten der Studierenden "rot-grün" eine komfortable Mehrheit: Denn 34 Prozent würden "Grüne/Bündnis 90", 31 Prozent SPD wählen. Auf die CDU/CSU entfielen 21 Prozent und auf die FDP sieben Prozent der studentischen Stimmen. Die Republikaner blieben unter zwei Prozent - deutlich weniger als in der gleichaltrigen Bevölkerung mit sechs Prozent (vgl. Hansen 1994; für die PDS sind keine Werte ausgewiesen, so daß ihr möglicher Stimmenanteil nicht beziffert werden kann).

Verortung der politischen Richtungen im Links-Rechts-Spektrum

Die Anhänger der verschiedenen politischen Grundrichtungen verorten sich jeweils ganz unterschiedlich im Links-Rechts-Spektrum, und zwar geschieht dies bei den west- wie ostdeutschen Studierenden in ähnlicher Weise (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6
Verortung der politischen Grundrichtungen im Links-Rechts-Spektrum bei Studierenden in West- und Ostdeutschland (WS 1992/93)

(Mittelwerte auf der Links-Rechts-Skala von 1 = links bis 7 = rechts "verglichen mit den meisten Leuten in diesem Land")



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 99 und Fr. 103.

1) Übereinstimmung: zusammengefaßte Kategorien +2 und +3 auf der Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu.

Insgesamt ist die Abfolge der politischen Richtungen im Links-Rechts-Spektrum klar gestuft und eindeutig voneinander abgehoben: Am weitesten links befinden sich die Kommunisten-Marxisten, links die Grün-Alternativen und Sozialdemokraten; eher zur "Mitte" (im Vergleich zur Bevölkerung) tendieren die Konservativen. Am weitesten rechts stehen die National-Konservativen. Sowohl die Kommunisten-Marxisten auf der "linken Seite" als auch die "National-Konservativen" auf der rechten Seite haben jeweils einen gehörigen Abstand zur nächsten Gruppe. Es ist daher nicht vertretbar, die verschiedenen Vertreter der politischen Grundrichtungen in einen Topf zu werfen; am ehesten stehen sich Grün-Alternative und Sozialdemokraten nahe.

Im Osten ordnen sich die studentischen Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen fast durchweg etwas "linker" ein (im Vergleich zur Bevölkerung), d.h. sie sehen die Bevölkerung tendenziell eher etwas "rechter". Die Ausnahme bilden die Anhänger des Kommunismus-Marxismus, denn im Osten Deutschlands verstehen sie sich nicht so "extrem links" wie im Westen. Insgesamt stehen die verschiedenen politischen Richtungen im Osten Deutschlands im Links-Rechts-Spektrum etwas enger beieinander, weil sich die studentischen Anhänger kommunistisch-marxistischer Positionen weniger links als die Bevölkerung, die Anhänger national-konservativer Positionen weniger rechts im Vergleich zur Bevölkerung einstufen. Dies dürfte auf die jeweils unterschiedliche Ausgangslage in den beiden Teilgebieten zurückzuführen sein. Es bedeutet zugleich, daß sich in Ostdeutschland auch die Vertreter extremer Positionen eher in Übereinstimmung mit der Bevölkerung (oder größeren Teilen) glauben und sich folglich weniger "extremistisch" verstehen.

Unterstützung politischer Ziele: klare Hierarchie

Die Unterstützung verschiedener politischer Ziele durch die Studierenden weist eine klare Hierarchie auf. Die höchste allgemeine Priorität erreichen drei Ziele, denen jeweils neun von zehn Studierende zustimmen (vgl. Tabelle 7):

- (1) **Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum;**
- (2) **Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft;**
- (3) **Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse.**

Diese drei Ziele werden von den Studierenden in Ost und West, an den Universitäten wie Fachhochschulen gleichermaßen in den Vordergrund gerückt.

Am wenigsten Unterstützung erfahren zwei Ziele, die jeweils anderen politischen Richtungen zuzuordnen sind: zum einen die "**Abwehr von kultureller Überfremdung**" (als spezifisch national-konservative Position), zum anderen die "**Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken**" (als spezifisch kommunistisch-marxistische Position). Beide Ziele erfahren durch die westdeutschen Studierenden vergleichsweise wenig Zustimmung, während die Unterstützung durch die ostdeutschen Studierenden recht hoch ausfällt (etwa ein Drittel für das erste, etwa ein Fünftel für das zweite Ziel).

Tabelle 7
Unterstützung politischer Ziele durch die Studierenden in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)

(Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien: +1 bis +3 = Zustimmung)

Politische Ziele	Studierende insgesamt (9.240)	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
		Univer- sitäten (5.448)	Fachhoch- schulen (1.691)	Univer- sitäten (1.744)	Fachhoch- schulen (357)
Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum	91	91	93	87	89
Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft	89	89	87	90	90
Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse	89	86	91	93	94
Stärkere finanzielle und personelle Unterstützung der Entwicklungsländer	73	75	69	73	65
Sicherung der freien Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums	70	70	78	62	69
Schnelle Angleichung der Lebensbedingungen in den alten und neuen Bundesländern	70	65	62	87	90
Harte Bestrafung der Kriminalität	69	60	71	88	91
Verwirklichung der vollen Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb	68	66	66	77	75
Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas	59	64	58	48	45
Verstärkte Förderung technologischer Entwicklung	59	53	61	72	75
Ausstieg aus der Kernenergie und Abschaltung der Atomkraftwerke	59	65	62	40	45
Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form	58	53	59	68	65
Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen im Rahmen der UN	50	52	56	41	42
Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern	44	36	47	59	64
Abwehr von kultureller Überfremdung	19	14	19	31	35
Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken	15	13	12	22	21

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 101: Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab?

Unterschiedliche Gewichtungen bei west- und ostdeutschen Studierenden

Bei vielen der politischen Ziele bestehen zwischen west- und ostdeutschen Studierenden zum Teil erheblich andere Gewichtungen. Sie setzen jeweils andere Prioritäten, wobei die Zugehörigkeit zu Universitäten oder Fachhochschulen in der Regel von nachgeordneter Bedeutung ist.

Die **ostdeutschen Studierenden** setzen fast durchgängig (zu 90%) auf die "schnelle Angleichung der Lebensbedingungen in den alten und neuen Bundesländern". Dies ist für sie ein besonders wichtiges Ziel. Ohne diese Angleichung, womit nicht nur materielle Wohlfahrt, sondern auch demokratische Grundwerte und Gleichberechtigung gemeint sind (vgl. Kapitel 6), lassen sich die verbreiteten Vorbehalte ostdeutscher Studierender gegenüber den politischen Institutionen und gesellschaftlichen Verhältnissen im vereinten Deutschland kaum ausräumen.

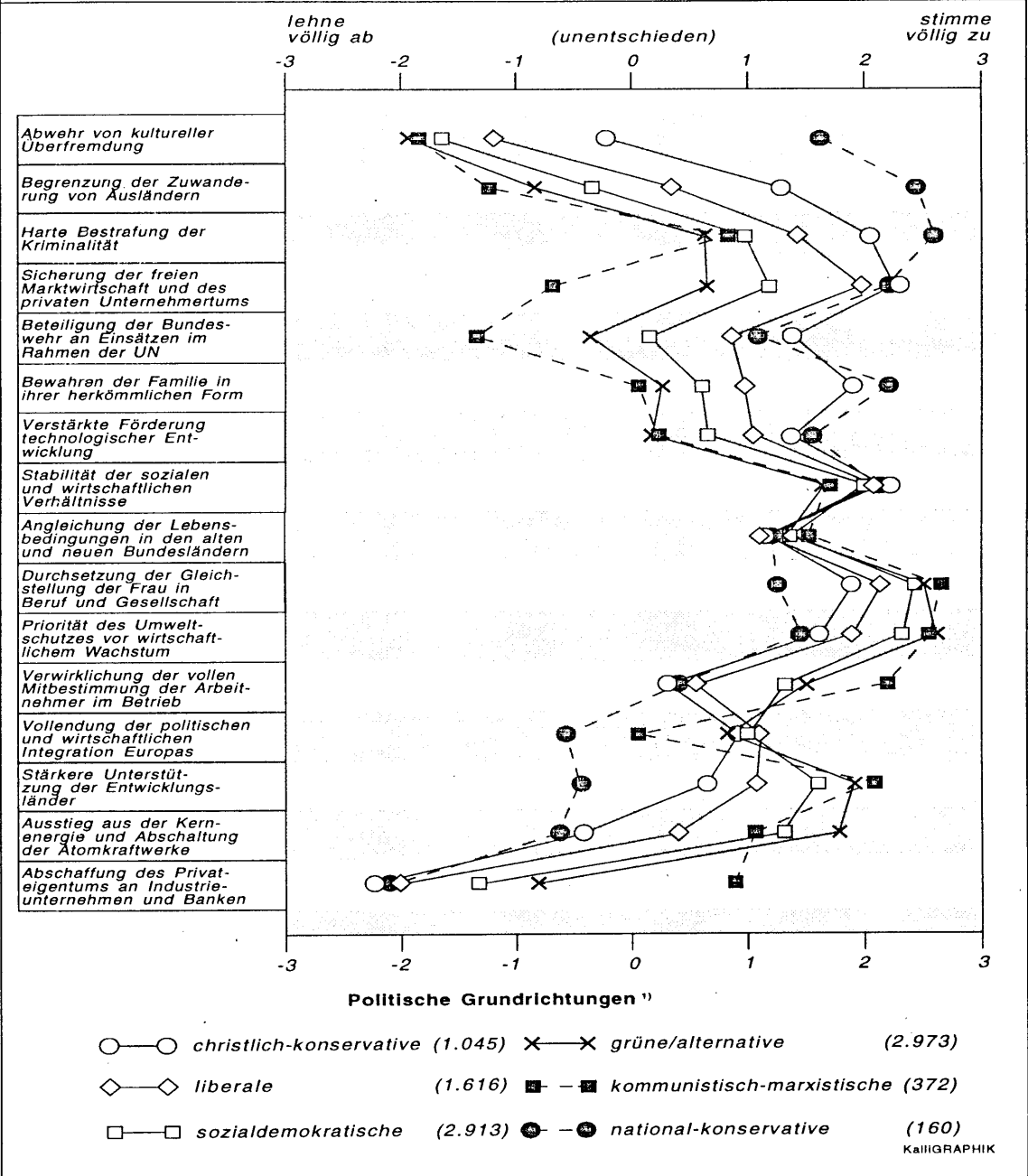
Daneben heben sie einerseits eher Ziele konservativ-nationaler, andererseits sozialistisch-marxistischer Tradition hervor und stimmen ihnen häufiger zu. Derartige Ziele eher konservativer Richtung sind "harte Bestrafung der Kriminalität" und "Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form"; Ziele eher nationalistischer Tönung sind "Abwehr kultureller Überfremdung" und "Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern". Dagegen sind Ziele eher sozialistischer Ausrichtung die "volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb" und die "Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken". Alle diese Ziele finden bei den ostdeutschen Studierenden zum Teil weit mehr Unterstützung als bei den westdeutschen Studierenden (vgl. Tabelle 7). Dies belegt, daß nicht nur in der Anhängerschaft politischer Richtungen die "Extreme" im Rechts-Links-Spektrum im Osten stärker vertreten sind, sondern daß auch in der ostdeutschen Studentenschaft generell einzelne Ziele und Positionen aus dieser politischen Provenienz größeren Anklang als im Westen finden.

Für die **westdeutschen Studierenden** sind vier Ziele deutlich wichtiger als für die ostdeutschen Studierenden: (1) die Sicherung der freien Marktwirtschaft, von der insbesondere noch manche Universitätsstudierende im Osten nicht so überzeugt sind; (2) die Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas; dem stehen die ostdeutschen Studierenden noch mehrheitlich eher reserviert gegenüber; (3) Ausstieg aus der Kernenergie, den gut sechs von zehn westdeutschen, aber nur vier von zehn ostdeutschen Studierenden fordern; (4) Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen im Rahmen der UN, was immerhin eine knappe Mehrheit der westdeutschen Studierenden mitträgt (im Osten knapp 40 Prozent).

Politische Richtungen und politische Ziele: verschiedene Profile

Aufschlußreich für das Verständnis der politischen Richtungen ist der Zusammenhang mit den politischen Zielen. Dadurch wird erkennbar, bei welchen Themen und Problemen die Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen nahe beieinander liegen (koalitionsfähig wären), und bei welchen sie ganz andere, zum Teil gegensätzliche Positionen vertreten, die in "politische Feindschaft" umgemünzt werden könnten. Die politischen Extreme auf der linken (Kommunisten-Marxisten) und rechten Seite (Nationalkonservative) zeigen bei den einzelnen politischen Zielen in der Regel eine besonders extreme Ablehnung oder Zustimmung (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7
Unterstützung und Ablehnung politischer Ziele durch Anhänger der verschiedenen politischen Richtungen unter Studierenden (WS 1992/93)
(Mittelwerte)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 101: Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab?

1) Als "Anhänger" politischer Richtungen werden Studierende berücksichtigt, die bei der Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu die Vorgaben +2 und +3 gewählt haben, demnach in eindeutiger Weise mit der jeweiligen Richtung übereinstimmen.

Spezifisch für die Vertreter **national-konservativer Positionen** unter den Studierenden ist die besondere Hervorhebung von zwei politischen Zielen: Abwehr kultureller Überfremdung und Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern. Abgelehnt wird die stärkere Unterstützung der Entwicklungsländer, begleitet von einem eher negativen Affekt gegenüber der europäischen Integration.

Die Anhänger der **kommunistisch-marxistischen Richtung** unterstützen als einzige Gruppierung überwiegend die Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken, verbunden mit einer stärkeren Forderung nach voller Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb. Die Sicherung der freien Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums wird dagegen eher abgelehnt, ebenso wie die Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen im Rahmen der UN.

Bezeichnend scheint, daß die europäische Integration, im Unterschied zu allen anderen Grundrichtungen, bei den National-Konservativen und Kommunisten-Marxisten überwiegend auf Reserviertheit und Ablehnung stößt. Mit ihren Vorbehalten gegen "Europa" stehen sich diese ansonsten weit auseinander liegenden Extreme recht nahe, wobei die Vorbehalte und Ablehnungen wohl aus ganz unterschiedlichen Gründen erfolgen: einerseits wegen Befürchtungen um Verluste an nationaler Identität und vor Überfremdung, andererseits wegen Sorgen um eine Vorherrschaft des Monopolkapitals und internationaler Wirtschaftskonzerne.

Verhältnis der Anhänger politischer Richtungen

Im großen und ganzen ist die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit, die Nähe oder Distanz der politischen Richtungen unter den west- wie ostdeutschen Studierenden ähnlich gelagert. Dennoch bestehen im Verhältnis zueinander einige bezeichnende Nuancen (sie werden anhand von Korrelationen und der jeweils präferierten politischen Ziele erkennbar):

- das Verhältnis christlich-konservativer und grün-alternativer Anhänger ist, vor allem im Westen, durch kontroverse Haltungen und Ziele besonders zugespitzt (wenn man die extremen politischen Richtungen unberücksichtigt läßt);
- das Verhältnis christlich-konservativer und sozialdemokratischer Anhänger ist im Westen weniger kontrovers, jedenfalls weit weniger als im Osten;
- das Verhältnis grün-alternativer und sozialdemokratischer Anhänger ist im Osten nicht so eng wie im Westen, wo beide Gruppen häufig ähnliche Positionen und Ziele vertreten;
- die Anhänger liberaler Positionen stimmen in Ost wie West am ehesten mit den christlich-konservativen Anhängern überein, am größten ist ihre politische Distanz zu den Kommunisten-Marxisten;
- das Verhältnis kommunistisch-marxistischer und sozialdemokratischer Anhänger ist im Westen wie im Osten durch geringe Übereinstimmung gekennzeichnet (tendenziell stehen sie sich im Westen etwas näher);
- das Verhältnis der Anhänger national-konservativer und christlich-konservativer Positionen weist im Westen wie im Osten bei einer Reihe von Themen eine gewisse Nähe auf.

Die Befunde über die Zustimmung oder Ablehnung der Studierenden gegenüber den politischen Richtungen und Zielen lassen eine einheitliche politische Bindung oder ein gemeinsames Meinungsbild in der Studentenschaft nicht erkennen. In vielen Bereichen herrschen Differenzen vor bis hin zu politisch kontroversen Positionen. In der westdeutschen Studentenschaft hat in den 80er Jahren das Ausmaß der Gegensätzlichkeit und die Tiefe mancher Kluft zwischen den verschiedenen "politischen Lagern" nachgelassen. Zurückzuführen ist dies auf das Erlahmen linksalternativer Handlungspotentiale (vor allem unter den Sozialwissenschaftlern), auf das Abkrücken von "sozialistischen Zielpräferenzen" und auf den Rückgang an "alternativen Wertüberzeugungen" (vgl. Bargel 1989). Insofern nimmt die westdeutsche Studentenschaft nunmehr insgesamt eine überwiegend realistisch-pragmatische, eher moderate und weniger kritisch-alternative politische Grundhaltung ein; es hat ein Anpassungsprozeß stattgefunden.

Im Gegenzug zu dieser Entwicklung in der westdeutschen Studentenschaft ist nach der Vereinigung eine stärkere Dissonanz in den politischen Positionen zu den ostdeutschen Studierenden eingetreten (und innerhalb der ostdeutschen Studierenden selbst). Sie ist gekennzeichnet durch eine häufigere Vertretung extremer Flügel auf der rechten wie auf der linken Seite, sei es national-konservativer oder sozialistisch-kommunistischer Provenienz (vgl. gleichlautende Befunde bei Heublein/Brämer 1990).

Die größere politische Heterogenität der Studierenden in den neuen Bundesländern im Zusammenhang mit einer stärkeren Präsenz extremer politischer Richtungen zeigt sich konkret auch in den politischen Zielvorstellungen. Sie ist einerseits wohl dadurch begründet, daß nicht wenige Studierende aus der ehemaligen DDR mit der westlichen politischen Parteienlandschaft, ihren Traditionen und ihren Programmen, noch weniger vertraut sind. Andererseits dürfte es auch daran liegen, daß sie mit dem westlichen Modell einer offenen, konkurrierenden und kontroversen Demokratie in Teilen noch gewisse Schwierigkeiten haben (vgl. Kapitel 5). Diese Schwierigkeiten resultieren nicht zuletzt daraus, daß ihnen die dazugehörigen Grundwerte (wie Freiheit, Gleichheit, Mitbestimmung) und die wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen (wie Stabilität, soziale Sicherheit, materieller Wohlstand) in ihrem Teilgebiet Deutschlands oftmals noch viel zu wenig eingelöst sind (vgl. Kapitel 6).

5 Demokratische Prinzipien und politische Wirklichkeit

Wesentliche Elemente demokratischer Gesellschaften sind das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, das Vorhandensein einer kritischen Opposition, die Auseinandersetzungen verschiedener Interessengruppen und die Ablehnung von Gewalt als Mittel der Lösung von Konflikten. Es handelt sich um das Grundverständnis einer pluralistischen, offenen und kontroversen, aber gewaltfreien Demokratie (vgl. Kaase 1971).

Studierende stehen zu den Grundprinzipien der Demokratie

Die beiden fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen Demokratie, einerseits die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, andererseits die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, finden unter den Studierenden in West wie Ost nahezu allgemeine Akzeptanz - ein wichtiger Konsens (vgl. Tabelle 8).

Tabelle 8
Demokratische Einstellungen der Studierenden in der zeitlichen Entwicklung und im Ost-West-Vergleich

(jeweils Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Angaben in Prozent für Kategorienzusammenfassung: jeweils -3 bis -1 bzw. +3 bis +1 = demokratische Einstellung)

Demokratische Prinzipien ¹⁾	Studierende an westdeutschen Hochschulen					ostdeutschen 1993 (2.101)
	1983 (7.817)	1985 (10.038)	1987 (9.852)	1990 (8.812)	1993 (7.139)	
Demonstrationsrecht Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen	92	92	93	95	95	90
Gewalt ablehnung In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen	86	88	86	90	90	85
Votum für Interessengruppen Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl	72	75	75	80	68	53
Funktion der Opposition Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen	60	65	66	68	63	52
Öffentliche Ordnung Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet	60	61	60	63	60	47

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 97: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen über unser politisches System? (Übernahme aus der "Demokratie-Skala" von Kaase, 1971).

1) Die Prozentangaben sind im Sinne "demokratischer Einstellungen" ausgerichtet, d.h. für die erste Vorgabe die Anteile Zustimmung (+3 bis +1), für die weiteren vier Vorgaben die Anteile der Ablehnungen (-3 bis -1).

Unter den Jugendlichen in Deutschland ist die Gewaltakzeptanz insgesamt verbreiteter als unter den Studierenden. Jugendliche in Ost und West - so der Befund des Jugendsurveys des Deutschen Jugendinstituts von 1991 - lehnen nur zu drei Viertel die Gewalt als Mittel der Politik ab (vgl. Hoffmann-Lange/Schneider/Gille 1993, S. 103/104).

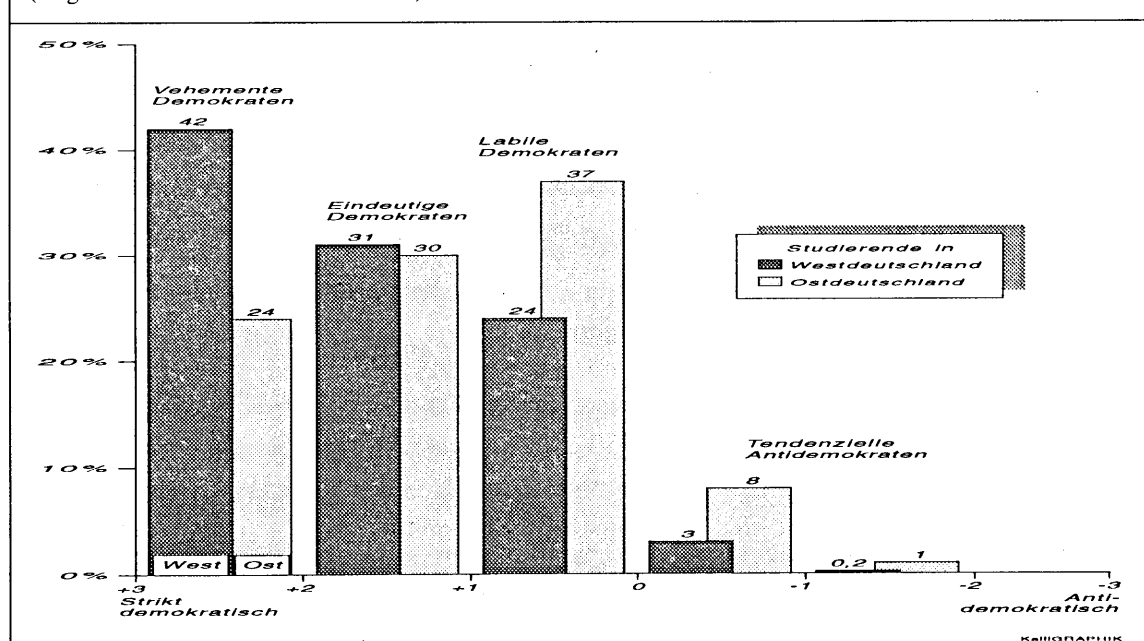
Andere Prinzipien der Demokratie, die auf Interessenvertretung oder eine oppositionelle Streitkultur abheben, werden von den Studierenden nicht so umfassend akzeptiert wie die beiden Grundprinzipien. Und die Unterschiede zwischen Studierenden in Ost- und Westdeutschland sind erheblich (Differenz von 11 bis 15 Prozentpunkten). Im Westen bejahen jeweils nahezu zwei Drittel diese pluralen und kontroversen Elemente der Demokratie, im Osten dagegen nur etwa die Hälfte der Studierenden.

Demokratisches Potential: im Osten vielfach labil

Mit den pluralen und kritischen, auch kontroversen Elementen, wie sie für die westlichen Demokratien typisch sind, haben recht viele Studierende in den neuen Bundesländern ihre Schwierigkeiten. Deshalb sind sie im Sinne dieses Demokratieverständnisses als "labile Demokraten" einzuordnen; sie sind weit seltener als die westdeutschen Studierenden als vehemente oder stabile Demokraten einzustufen (vgl. Abbildung 8).

Abbildung 8
Demokratisches Potential in der Studentenschaft der alten und neuen Bundesländer (WS 1992/93)

(Angaben in Prozent für Summenscores)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 97: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen über unser politisches System? (Übernahme aus der "Demokratie-Skala" von Kaase, 1971).

Zu registrieren ist außerdem, daß unter den ostdeutschen Studierenden neun Prozent als "tendenzielle Antidemokraten" bezeichnet werden können, im Vergleich zu drei Prozent unter den westdeutschen Studierenden. In diesem bemerkenswert hohen Anteil tendenzieller Anti-Demokraten in den neuen Bundesländern spiegelt sich die häufigere Anhängerschaft extremer politischer Positionen. Beides zusammen kann eine durchaus brisante Mixtur im politischen Potential eines beachtlichen Teils der Studentenschaft in den neuen Bundesländern darstellen.

Unterschiedliche Akzente im demokratischen Verständnis nach Fächergruppen

Die beiden elementaren Prinzipien demokratischer Gesellschaften, die Demonstrations- und Meinungsfreiheit sowie die Ablehnung von Gewalt als Mittel politischer Lösungen, werden in allen Fächergruppen an Universitäten und an Fachhochschulen in nahezu gleicher Weise unterstützt. Die Unterschiede sind in dieser Hinsicht gering, sowohl an den west- wie an den ostdeutschen Hochschulen. In diesen wichtigen Grundlagen herrscht ein fächerübergreifender Konsens.

Die pluralen, oppositionellen und kontroversen Elemente der freiheitlichen Demokratie werden allerdings auffällig unterschiedlich in den Fächergruppen akzentuiert. Mit der kritischen Funktion der Opposition können die Angehörigen der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften am wenigsten anfangen; sie sehen weit häufiger die Aufgabe der Opposition darin, die Regierung zu unterstützen - ein eher harmonisches, expertokratisches Demokratiemodell. Den Stellenwert der Interessengruppen und Verbände als wichtiges Element einer "Demokratie ohne Dogma" (Theodor Geiger) rücken die Wirtschaftswissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen weit häufiger in den Hintergrund (nebst den Ingenieuren an beiden Hochschularten); sie legen mehr Gewicht auf das "Allgemeinwohl". Schließlich betonen die Ökonomen und Juristen, aber auch die Mediziner und Ingenieure eher die öffentliche Ordnung, während die Sozialwissenschaftler an Universitäten und die Sozialarbeiter an Fachhochschulen dann eher dem Recht auf Streiks und Demonstrationen den Vorzug geben.

Innerhalb der Hochschulen lassen sich demnach drei "Typen von Demokraten" erkennen, die in den einzelnen Fächergruppen unterschiedlich dominieren (wobei die tendenziellen Anti-Demokraten in allen Fächern eine Minderheit bilden):

- die **prinzipiell-vehementen Demokraten** finden sich vor allem in den Sozialwissenschaften und im Sozialwesen sowie in den Geistes- und Sprachwissenschaften;
- die **moderaten-unauffälligen Demokraten** sind am häufigsten in den Naturwissenschaften und in der Medizin vertreten;
- die **konventionell-formalen Demokraten** sind häufig in den Rechtswissenschaften an Universitäten anzutreffen, sie sind besonders häufig in den Studiengängen der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen wie Universitäten zu finden.

Die sozialen Beziehungen zwischen diesen verschiedenen Gruppierungen von Demokraten sind häufig durch untergründiges Mißtrauen geprägt, das sich in manchen Unterstellungen und Konfrontationen ausdrückt, obwohl die demokratischen Grundprinzipien weitgehend geteilt werden

(es handelt sich ja nicht um tendenzielle Anti-Demokraten, die in allen Fächergruppen selten sind). Das kann dazu führen, daß die Ernsthaftigkeit der demokratischen Überzeugungen gegenseitig bestritten wird.

Selbst manche Urteile über diese Gruppierungen lassen diesen Dissens erkennen: So sind den einen die "konventionell-formalen" Demokraten suspekt, denen sie die Qualität "genuiner Demokraten" absprechen (vgl. Habermas u.a. 1961); anderen erscheinen die "prinzipiell-vehementen" Demokraten als widersprüchlich und allzu fundamentalistisch, deren praktische Demokratiefähigkeit bezweifelt wird (vgl. Noelle-Neumann 1979; sowie die entsprechenden Auseinandersetzungen zwischen Schelsky und Habermas Ende der fünfziger Jahre, zwischen Noelle-Neumann, Wildenmann und Bürklin Ende der siebziger Jahre).

Es würde wenig Sinn machen, derartige Kontroversen um "demokratische Typen" wieder aufleben zu lassen. Es gilt vielmehr anzuerkennen, daß alle drei Akzentuierungen demokratischer Einstellungen, wie sie in den Fächergruppen vertreten sind, mit der demokratischen Verfassung vereinbar und im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft vorhanden sein können. Jedoch bleiben die spezifischen Gefährdungen der jeweiligen Typen zu beachten: Beim konventionell-formalen Typus kann unkritische Loyalität zu formalem Legalismus und blinder Anpassung führen, beim prinzipiell-vehementen Typus vermag Kritik und Idealismus dogmatisch zu erstarren und in rigorosen oder sektiererischen Haltungen und Aktionen enden. Derartige Gefährdungen sind bei gewissen Teilen der Studierenden durchaus zu beobachten, wenn man ihre zum Teil extremen politischen Grundpositionen sowie die politischen Zielpräferenzen mit heranzieht (vgl. Kapitel 4).

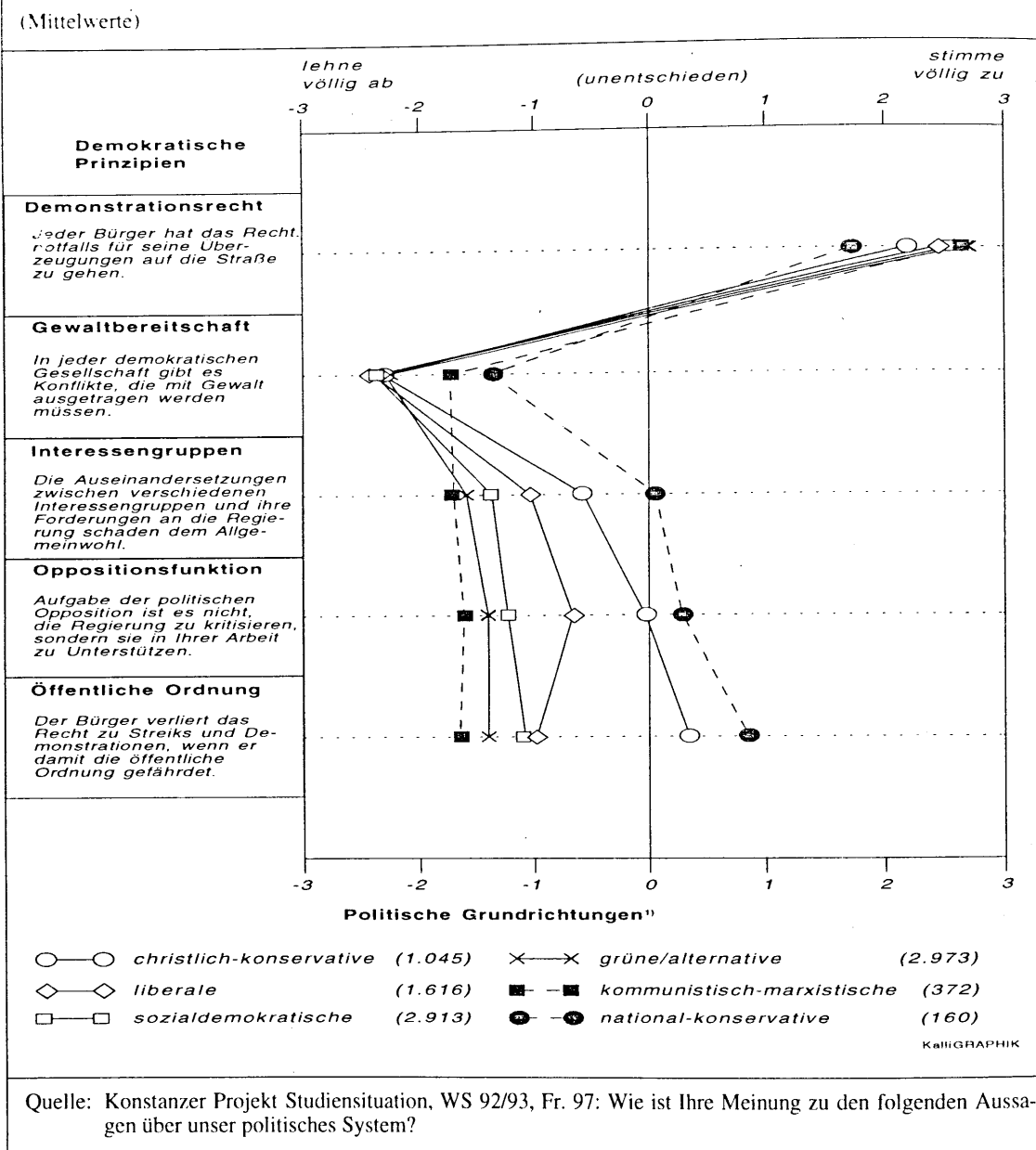
Demokratische Überzeugungen und politische Richtungen

Das demokratische Verständnis der Anhänger verschiedener politischer Richtungen ist andersartig bestimmt und konturiert. Hervorzuheben ist die unterschiedliche Einstellung zur Gewalt einerseits, zum Vorrecht der öffentlichen Ordnung andererseits (vgl. Abbildung 9).

Gewaltbereitschaft zur Lösung von Konflikten findet bei beiden extremen Grundpositionen eher Anhänger, und zwar bei den National-Konservativen noch häufiger als unter den Kommunisten-Marxisten. Unter den Anhängern der anderen politischen Richtungen wird Gewalt ganz überwiegend und strikt abgelehnt, auch unter den Anhängern grün-alternativer Positionen. Von ihnen lehnen jeweils über 90 Prozent Gewalt als Mittel der Politik ab; dagegen sind es unter den Marxisten-Kommunisten nur 76 Prozent und unter den Rechts-Konservativen sogar nur 72 Prozent.

Unter den studentischen Anhängern extremer politischer Richtungen ist ein erhöhtes Potential von Gewaltakzeptanz festzustellen (16 Prozent "links" und 20 Prozent "rechts"). Die Zusammenhänge zwischen höherer Gewaltbereitschaft bei den "linken" Extremen einerseits, noch stärker bei den "rechten" Extremen andererseits sind für die Jugendlichen insgesamt in Ost wie West ebenfalls erkennbar - sogar noch ausgeprägter (vgl. Hoffmann-Lange u.a. 1993, S. 113).

Abbildung 9
Demokratische Einstellungen der Anhänger verschiedener politischer Richtungen unter den deutschen Studierenden (WS 1992/93)
 (Mittelwerte)



1) "Anhänger" politischer Richtungen: zusammengefaßte Kategorien +2 und +3 der Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu.

Öffentliche Ordnung als Maßstab dafür, ob das Recht auf Streik und Demonstrationen eingeschränkt werden kann, trennt das Meinungsbild der Studierenden am stärksten. Auf der einen Seite stehen die Anhänger konservativer Positionen, seien sie christlich oder national bestimmt, die der öffentlichen Ordnung den Vorrang geben, auf der anderen Seite alle anderen politischen Richtungen, deren Anhänger auf dem Vorrecht von Streiks und Demonstrationen beharren.

Demokratische Wirklichkeit: Bewährung oder Ausweitung

Bei der Frage, ob unsere Demokratie sich bewährt habe, treten gravierende Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Studierenden auf. Die ostdeutschen Studierenden sind noch weit seltener davon überzeugt (10 Prozent an Universitäten und 12 Prozent an Fachhochschulen) als die westdeutschen Studierenden (25 Prozent an Universitäten, immerhin 33 Prozent an Fachhochschulen). Etwa die Hälfte der Studierenden im Westen, über drei Viertel der Studierenden im Osten sehen unsere Demokratie als reformbedürftig an (vgl. Tabelle 9).

Viele Studierende meinen, daß wirkliche Demokratie nur außerhalb der bestehenden Institutionen möglich sei. Im Westen teilt ein Drittel diese Überzeugung, im Osten sogar die Hälfte, und zwar an Universitäten und Fachhochschulen in fast gleichem Umfang. Allerdings ist auch festzuhalten, daß ein Drittel der westdeutschen Studierenden diese Einschätzung ablehnt (nur etwa jeder sechste Studierende im Osten). Die westdeutschen Studierenden sind demnach in ihren Urteilen zur demokratischen Wirklichkeit teils ambivalent, teils kontrovers; die ostdeutschen Studierenden sind viel skeptischer und verlangen deren Ausweitung. Dies kann dahingehend verstanden werden, daß sie sich in unserer demokratischen Wirklichkeit weniger vertreten und zuhause empfinden (vgl. Kapitel 6).

Tabelle 9
Beurteilung der demokratischen Wirklichkeit durch die Studierenden in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)

(Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien +1 bis +3 = Zustimmung und -1 bis -3 = Ablehnung)

Beurteilung der demokratischen Wirklichkeit	Studierende im WS 1992/93			
	alte Bundesländer Univer- sitäten (5.448)	Fachhoch- schulen (1.691)	neue Bundesländer Univer- sitäten (1.744)	Fachhoch- schulen (357)
Bewährung Unsere Demokratie hat sich bewährt; man sollte sie deshalb vor ständigen Reformversuchen bewahren.				
Ablehnung	57	48	78	77
Zustimmung	25	33	10	12
Mittelwerte	-0.7	-0.4	-1.6	-1.6
Ausweitung Wirkliche Demokratisierung ist nur außerhalb der bestehenden Institutionen möglich				
Ablehnung	36	33	17	18
Zustimmung	33	32	49	50
Mittelwerte	-0.2	-0.1	+0.6	+0.7

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 97: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen über unser politisches System?

1) Differenz zu 100 Prozent durch Kategorie 0 = weder Zustimmung noch Ablehnung.

Die demokratischen Grundprinzipien werden von den Studierenden, vor allem in Westdeutschland, ganz überwiegend akzeptiert; die demokratische Wirklichkeit wird ambivalenter und unterschiedlicher eingeschätzt. Auf überwiegende Kritik und Ablehnung in West und Ost stößt hingegen die "politische Praxis" von Parlament, Parteien und Politik.

Parlamentarismus vielen nicht ausreichend

Viele Studierende in Ost wie West sind keineswegs davon überzeugt, daß der Parlamentarismus ausreichende Möglichkeiten der Mitbeteiligung für eine demokratische Interessenvertretung der Bevölkerung bietet und sichert. Über die Hälfte bezweifelt dies, nur ein Viertel stimmt insgesamt zu. Im Osten ist dieses Vertrauen in den Parlamentarismus mit 20 Prozent an Universitäten und Fachhochschulen noch geringer (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10 Parlament, Parteien und Politik im Urteil der Studierenden in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/93)				
(Skala von 0 = stimmt überhaupt nicht bis 6 = stimmt voll und ganz; Mittelwerte und Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien 0-2 = Ablehnung und 4-6 = Zustimmung; Differenz zu 100 Prozent durch Kategorie 3 = teils-teils)				
Beurteilungen von ...	Studierende im WS 1992/93			
	alte Bundesländer Univer- sitäten (5.448)	Fachhoch- schulen (1.691)	neue Bundesländer Univer- sitäten (1.744)	Fachhoch- schulen (357)
Parlamentarismus Der Parlamentarismus bietet ausreichende Möglichkeiten für eine demokratische Interessenvertretung der Bevölkerung				
Ablehnung	52	53	60	58
Zustimmung	29	23	20	20
Mittelwerte	2.6	2.4	2.2	2.2
Parteien Die Politiker der etablierten Parteien kümmern sich zu wenig um tatsächlich wichtige und dringende Probleme				
Ablehnung	12	9	8	9
Zustimmung	78	81	85	82
Mittelwerte	4.5	4.6	4.9	4.8
Politik Die Politik orientiert sich zu stark am Wachstum und den Interessen der Industrie und zu wenig an der Lebensqualität der Menschen				
Ablehnung	13	11	11	11
Zustimmung	76	77	77	76
Mittelwerte	4.5	4.5	4.5	4.5
Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 98: Über die Mitwirkung am politischen Geschehen wird oft gesprochen. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?				

Man mag vermuten, daß die Studierenden als ergänzende Elemente zur Parlamentsvertretung an Bürgerinitiativen und Volksbefragungen denken, kaum mehr an "eine außerparlamentarische Opposition" als Bewegung oder an "rätedemokratische Elemente" wie noch in den 60er Jahren. Auf alle Fälle ist ihr geringes Vertrauen in die Institution "Parlament" ein Signal dafür, daß Parlamentarier und Vertreter einer repräsentativen Parlamentsdemokratie bei vielen Studierenden um Zustimmung werben und Akzeptanz (wieder) gewinnen müssen.

Große Distanz zu Politikern und Politik

Besonders groß ist die Distanz der Studierenden zu den etablierten Parteien, wobei offen bleibt, ob sie darunter nur die großen Volksparteien verstehen oder auch die neueren Parteien wie Bündnis Grüne/Alternative einbeziehen. Jedenfalls stehen vier Fünftel den Politikern der etablierten Parteien ablehnend gegenüber.

Die Distanz sehr vieler Studierender gegenüber Politik und Politikern gründet auf der Überzeugung, im Osten stärker als im Westen, daß sich die Politiker zu wenig um die tatsächlich wichtigen Probleme kümmern. Das sind in der Sicht der Studierenden und nach ihrer Zielpreferenz Fragen der Umwelt und Ökologie, der sozialen Gerechtigkeit und Gleichstellung, aber auch der wirtschaftlichen Wohlfahrt und Stabilität - sowie für die Studierenden im Osten: die Angleichung der Lebensbedingungen zwischen den alten und neuen Bundesländern.

Infragestellen der etablierten Parteien

Kritik und Ablehnung gegenüber der Praxis von Politik und Parteien sind unter den Studierenden weit verbreitet. Das drückt sich schließlich darin aus, daß sie sehr häufig die etablierten Parteien in Frage stellen. Im Westen teilen drei Viertel der Studierenden diese Auffassung, die Hälfte sogar in vehemente Weise; im Osten sind zwei Drittel dieser Auffassung.

Die skeptische, kritische und überwiegend ablehnende Haltung eines Großteils der Studierenden der parlamentarischen Volksvertretung, den etablierten Parteien und der politischen Praxis gegenüber kann weder im Sinne einer "Ablehnung der Demokratie", noch einfach als "Politikverdrossenheit" gedeutet werden. Gegen die erste Interpretation spricht die weite Verbreitung "demokratischer Einstellungen" unter den Studierenden; gegen die zweite das nach wie vor hohe, wenngleich gegenüber früher gedämpfte Interesse an Politik und öffentlichem Leben. Es handelt sich überwiegend um eine politisch und demokratisch motivierte Ablehnung von Zielrichtungen und Verfahren der Politik sowie der zu gering erscheinenden Möglichkeiten zur Mitwirkung. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß bei einem Teil der Studierenden aufgrund des fehlenden Vertrauens und der tiefen Unzufriedenheit sich die Chancen der Resonanz und Akzeptanz extremer politischer Richtungen und tendenziell antidemokratischer Positionen erhöhen - Zusammenhänge, die vor allem bei Studierenden in den neuen Bundesländern auftreten.

6 Die deutsche Vereinigung: Erfahrungen und Urteile

Für die politische Entwicklung Deutschlands in den 90er Jahren ist von großem Gewicht, wie der Prozeß der Vereinigung gestaltet wird. Wie ihn die Menschen erfahren und erleben, davon hängt in entscheidender Weise ab, ob sich ein gedeihliches und produktives Zusammenleben entwickelt, oder ob stattdessen langanhaltende Reibungen und Konflikte entstehen.

Die Studierenden bejahen die deutsche Einheit

Emotional wird von der überwiegenden Mehrheit der Studierenden die deutsche Einheit begrüßt. Nahezu zwei Drittel der Studierenden bejahen die Aussage: "Ich freue mich, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist" (vgl. Tabelle 11). Dennoch hat eine Minderheit gefühlsmäßige Vorbehalte: jeweils etwa ein Viertel der Studierenden in West (26%) und in Ost (23%) teilt die Freude über die Einheit Deutschlands nicht oder kaum.

Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?	überhaupt nicht		teils-teils			voll und ganz		Mittelwerte
	0	1	2	3	4	5	6	
Ich freue mich, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist.								
alte Bundesländer: Universitäten	7	8	9	16	15	17	29	3,9
Fachhochschulen	7	7	8	18	16	17	28	3,9
neue Bundesländer: Universitäten	5	7	9	14	13	17	34	4,1
Fachhochschulen	5	8	8	14	15	18	33	4,1
Die deutsche Vereinigung ist richtig organisiert und gut vollzogen worden.								
alte Bundesländer: Universitäten	38	26	16	9	7	3	1	1,3
Fachhochschulen	37	25	17	10	7	3	1	1,4
neue Bundesländer: Universitäten	41	26	12	9	6	3	2	1,3
Fachhochschulen	41	21	17	9	7	2	3	1,4

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 108: Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?

In den Jahren nach der Vereinigung hat sich offenbar die Haltung der Studierenden zur deutschen Einheit verändert. Jedenfalls wurde noch anhand der Erhebung "Student 90" ein "Einheitsschock" diagnostiziert und die "junge Intelligenz im Abseits der Vereinigung" gesehen. Zwei Jahre später wurde diese Einschätzung anhand der Nachfolgebefragung "Student 92" mit der vorsichtigen Frage "mit der Einheit versöhnt?" in Teilen revidiert (vgl. Brämer/ Duret 1992, S. 919 u. S. 923). Mittlerweile haben die Studierenden offenbar die Vereinigung akzeptiert und bejahen sie ganz überwiegend.

Nahezu völlige Einigkeit besteht in der Beurteilung darüber, wie die Einheit organisiert und vollzogen wurde: Jeweils 80 Prozent der Studierenden in Ost und West beurteilen das "Management" der deutschen Einheit als "Mißmanagement", etwa zwei Drittel sogar ganz entschieden. Nur sehr wenige meinen, die Einheit sei richtig organisiert und gut vollzogen worden. Die Art der Vereinigung wird aus Sicht der west- wie der ostdeutschen Studierenden ganz ähnlich kritisiert (vgl. Brämer/ Duret 1992, S. 927).

Großer Dissens über "Errungenschaften" der DDR

Ein großer Dissens zwischen den Studierenden in Ost und West tritt zutage hinsichtlich der Auffassung, ob in der ehemaligen DDR manches entstanden ist, das im geeinten Deutschland hätte erhalten bleiben sollen. Von den Studierenden in den neuen Bundesländern meinen fast alle (90%), es gäbe mehr oder weniger Bewahrenswertes aus DDR-Zeiten; zwei Drittel bejahen dieses sogar ganz entschieden. Die Studierenden der alten Bundesländer sind in dieser Frage gespalten (vgl. Tabelle 12).

Nur vergleichsweise wenige Studierende stimmen der Auffassung zu, man sollte aufhören, sich mit dem Leben in der ehemaligen DDR zu beschäftigen. Gegen eine derartige "Verdrängung" sprechen sich drei Viertel der Studierenden an den Universitäten und zwei Drittel an den Fachhochschulen aus, wobei in dieser Frage kaum Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Studierenden bestehen.

Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?	überhaupt nicht		teils-teils			voll und ganz		Mittelwerte
	0	1	2	3	4	5	6	
In 40 Jahren DDR ist manches entstanden, das im gesamten Deutschland hätte erhalten bleiben sollen.								
alte Bundesländer: Universitäten	10	14	9	13	19	18	18	3,4
Fachhochschulen	11	13	10	17	19	15	15	3,2
neue Bundesländer: Universitäten	1	3	2	5	8	17	65	5,3
Fachhochschulen	1	2	2	5	10	15	65	5,2
Man sollte aufhören, sich mit dem Leben in der ehemaligen DDR zu beschäftigen.								
alte Bundesländer: Universitäten	40	23	13	12	6	4	2	1,4
Fachhochschulen	28	21	16	17	8	5	6	1,9
neue Bundesländer: Universitäten	44	21	8	11	6	7	4	1,5
Fachhochschulen	42	15	12	13	7	6	5	1,7

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1992/93, Fr. 108: Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen?

Bilanz der Vereinigung: wesentliche Fortschritte und einige Rückschritte

Fragt man genauer nach, worin im Vergleich zur ehemaligen DDR die Fortschritte und Rückschritte in den neuen Bundesländern liegen, dann wird nachvollziehbar, wodurch sich die Freude über diesen Prozeß begründet, wo die kritischen Punkte liegen und was den Studierenden der ehemaligen DDR aus ihrer Gesellschaft bewahrenswert erscheint.

Ganz oben in der Liste der positiven Veränderungen steht das **Mehr an persönlicher Gestaltungs- und Bewegungsfreiheit**. Fast alle Studierenden in den neuen Bundesländern halten das für einen großen Fortschritt. Sie bejahen die gewonnene Freiheit in besonderem Maße, darin sehen sie den größten Fortschritt, der manche der Schwierigkeiten aufwiegt (vgl. Abbildung 10).

Die Möglichkeiten der **demokratischen Beteiligung** werden ebenfalls von den allermeisten als ein positiver Fortschritt verzeichnet: Drei Viertel haben ein deutliches Mehr an Möglichkeiten der demokratischen Partizipation in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung erfahren, nur ganz wenige (7 Prozent) melden hier gewisse Vorbehalte an.

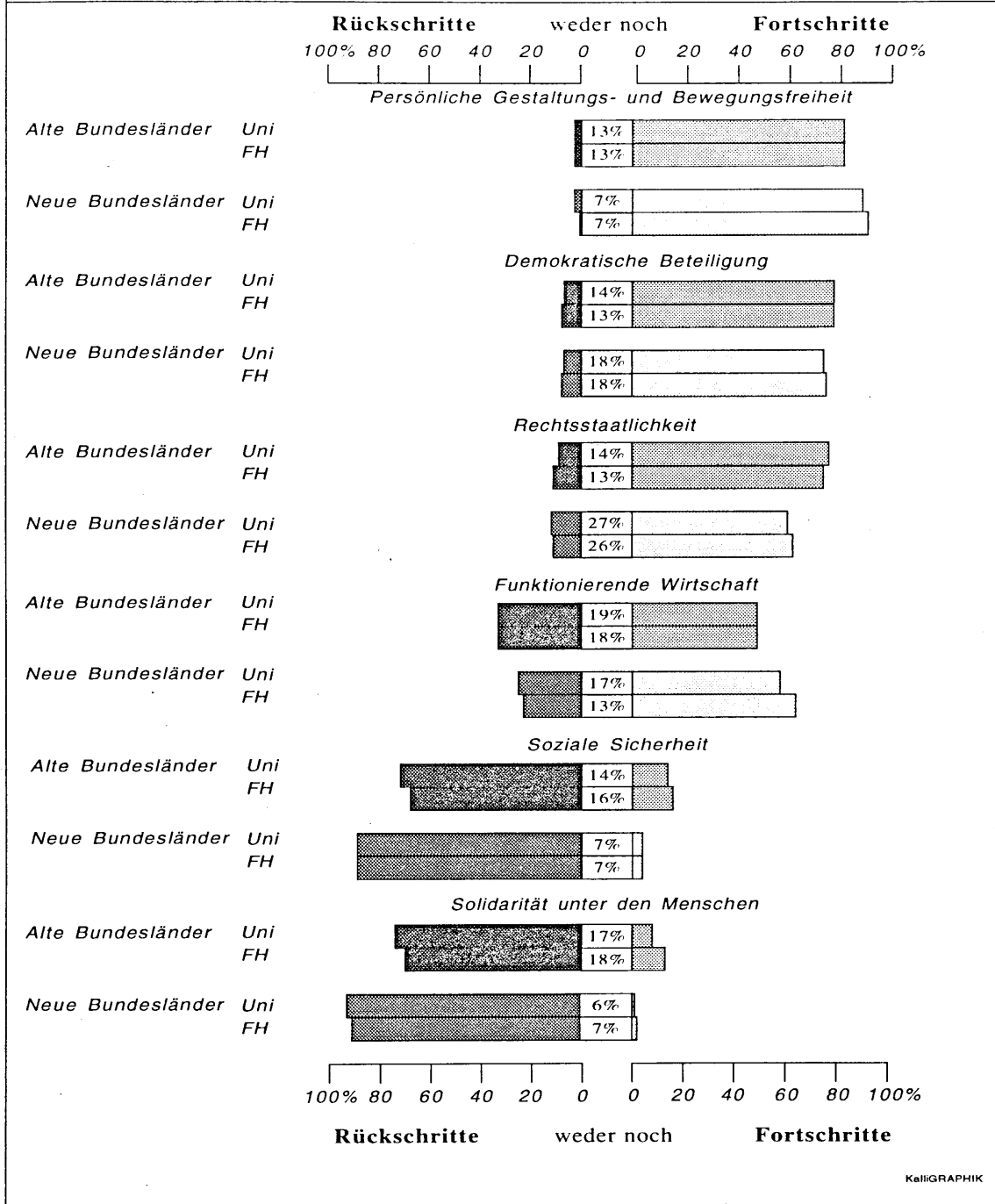
An dritter Stelle der Entwicklung zum Besseren steht die **Rechtsstaatlichkeit**, allerdings mit gewissen Einschränkungen. Über die Hälfte der ostdeutschen Studierenden bejaht zwar den Gewinn an Rechtsstaatlichkeit als Fortschritt (61%), aber über ein Viertel sieht darin keinen Fortschritt gegenüber den früheren Verhältnissen in der DDR, jeder neunte sogar einen Rückschritt. Dieser beachtliche Anteil ist wohl auf manche Unsicherheiten mit dem neuen Rechtssystem zurückzuführen; Gründe dafür sind jedoch ebenfalls in manchen Prozeduren der "Abwicklung" an den Hochschulen oder den rechtlichen Problemen der Eigentumsverhältnisse zu sehen, die offenbar manchen keineswegs als Ausweis besonderer Rechtsstaatlichkeit erscheinen.

Trotz aller ökonomischen Probleme des Aufbaus in den neuen Bundesländern wertet dennoch eine deutliche Mehrheit unter den dortigen Studierenden die **funktionierende Wirtschaft** als Fortschritt (58% an den Universitäten, sogar 64% an den Fachhochschulen). Aus westlicher Sicht stellt sich die Situation der Wirtschaft im Osten negativer dar. Für ein Drittel (33%) der westdeutschen Studierenden hat die Wirtschaft in den neuen Bundesländern gegenüber den Zeiten der DDR Rückschritte hinzunehmen; im Westen konstatiert nur knapp die Hälfte der befragten Studierenden, daß im Osten die Wirtschaft nun besser funktioniere.

Bei zwei bezeichnenden gesellschaftlichen Sachverhalten sprechen fast alle Studierenden in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung eher von Rückschritten als von Fortschritten. Das betrifft zum einen die **soziale Sicherheit**, zum anderen die **Solidarität unter den Menschen**. Die Menschen in den neuen Bundesländern erleben im Grad sozialer Sicherheit und in der Stärke zwischenmenschlicher Solidarität Verluste, auch nahezu alle Studierenden (90 und mehr Prozent). Insgesamt sehen dies viele Studierende in den alten Bundesländern zwar ähnlich, aber nicht in der Schwere wie ihre Kommilitonen im Osten.

In all diesen Fragen sind in den neuen Bundesländern die Studierenden an Universitäten wie an den neu eingerichteten Fachhochschulen ganz ähnlicher Meinung. Größere Unterschiede tre-

Abbildung 10
Zur Entwicklung in den neuen Bundesländern: Fortschritte und Rückschritte im Vergleich zur ehemaligen DDR nach dem Urteil der Studierenden (WS 1992/93)
(Angaben in Prozent)



Quelle: Konstanzer Prozent Studiensituation, WS 92/93, Fr. 109: Wenn Sie die heutige Situation in den neuen Bundesländern mit der ehemaligen DDR vergleichen, inwieweit hat Ihrer Meinung nach die deutsche Vereinigung Fortschritte auf den folgenden Gebieten gebracht?

ten nur auf, wenn die **Studienbedingungen an den Hochschulen** zu beurteilen sind. Während die Studierenden an den ostdeutschen Universitäten dazu ein kontroverses Meinungsbild vertreten, meint eine Mehrheit der Studierenden an den neuen Fachhochschulen, daß die Fortschritte überwiegen (55%). An den Universitäten beharrt fast ein Drittel darauf, daß die Studienbedingungen zu DDR-Zeiten besser waren. Diese unterschiedlichen Urteile konvergieren damit, daß aus der Sicht der Studierenden den Fachhochschulen in den neuen Bundesländern insgesamt ein guter Start gelungen ist (vgl. Bargel 1983a, S. 53-56; ausführlicher Ramm 1994).

Gesellschaftliche Verhältnisse im Vergleich: ehemalige DDR und jetzige Bundesrepublik

Der Vergleich gesellschaftlicher Verhältnisse zwischen der ehemaligen DDR und der jetzigen Bundesrepublik lassen zum Teil unterschiedliche Einschätzungen der Studierenden in Ost und West erkennen. Dabei sehen die ostdeutschen Studierenden die damaligen Verhältnisse in der DDR meist nicht so kritisch und negativ wie die westdeutschen Studierenden. Und die Verhältnisse in der jetzigen Bundesrepublik beurteilen sie teilweise weniger günstig und positiv.

So räumen die westdeutschen Studierenden kaum ein, daß die DDR fortschrittlich oder leistungsfähig war. Demgegenüber meinen die ostdeutschen Studierenden durchaus, daß es in der DDR-Gesellschaft fortschrittliche Züge gab. Daß die jetzige Bundesrepublik sowohl weit fortschrittlicher als auch weit leistungsfähiger ist, darin sind sich die Studierenden in Ost und West allerdings einig. Ebenfalls besteht weitgehend Einverständnis darüber, daß die Verhältnisse in der jetzigen Bundesrepublik weniger autoritär sind als in der ehemaligen DDR. Jedoch beurteilen die ostdeutschen Studierenden die Verhältnisse in der jetzigen BRD nicht so positiv, was die Kennzeichnung als weniger autoritär betrifft.

Besonders weit auseinander liegen die Urteile zwischen den ost- und westdeutschen Studierenden hinsichtlich der Charakterisierungen der gesellschaftlichen Verhältnisse als "human" oder als "solidarisch". Den westdeutschen Studierenden erscheinen sie in der früheren DDR kaum human und nur wenig solidarisch; dagegen bezeichnen viele Studierende im Osten die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR als human, sehr viele als solidarisch. Im Vergleich bewerten die ostdeutschen Studierenden das Leben in der jetzigen BRD als weniger human und als viel weniger solidarisch im Vergleich zur früheren DDR. Sie charakterisieren die sozialen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik negativer als die westdeutschen Studierenden.

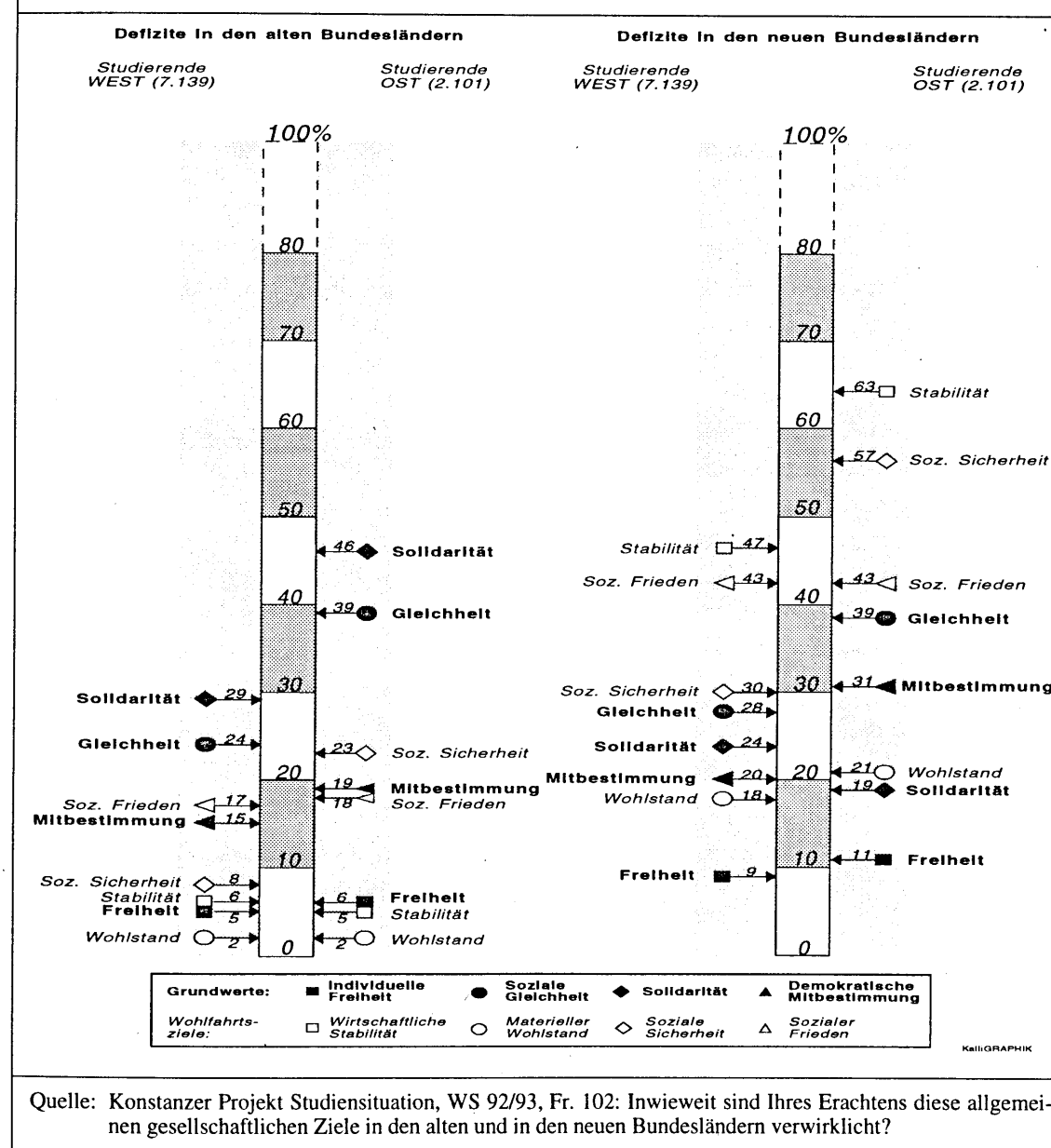
Gesellschaftliche Grundwerte und Wohlfahrtsziele

Als grundsätzliche gesellschaftliche Werte gelten Freiheit und Gleichheit, Solidarität und demokratische Mitbestimmung. Für moderne Gesellschaften sind zudem Wohlfahrtsziele der wirtschaftlichen Stabilität und des materiellen Wohlstands, der sozialen Sicherheit und des sozialen Friedens von hoher Bedeutung. Je häufiger ein Defizit bei den Grundwerten oder den Wohlfahrtszielen konstatiert wird, desto größer muß das Potential an politischer Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen wie das Mißtrauen gegenüber den politischen Institutionen veranschlagt werden.

Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage, der unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Situation in den alten und neuen Bundesländern, ist es naheliegend, die Studierenden jeweils für das eigene wie für das andere Teilgebiet Deutschlands einschätzen zu lassen, inwieweit ihnen die Grundwerte und Wohlfahrtsziele verwirklicht erscheinen. Die Differenzen in den gegenseitigen Bildern sind beachtenswert, zeugen sie doch von unzureichenden Informationen und von manchen gegenseitigen Mißverständnissen (vgl. Abbildung 11).

Abbildung 11
Defizite in der Verwirklichung von Grundwerten und Wohlfahrtszielen in den alten und neuen Bundesländern nach Ansicht der Studierenden (WS 1992/93)

(Angaben in Prozent für Kategorie "viel zu wenig")



Günstige Entwicklung der Grundwerte in den alten Bundesländern

Im Trend der fünf Erhebungen des Studentensurveys seit 1983 sehen die Studierenden der alten Bundesländer alle vier Grundwerte zunehmend mehr verwirklicht, insbesondere individuelle Freiheit und Solidarität werden kontinuierlich als weniger defizitär erlebt. Einen starken Mangel an individueller Freiheit registrieren im WS 1992/93 nur noch fünf Prozent der befragten Studierenden in Westdeutschland (1983 waren es noch 17 Prozent), einen gravierenden Mangel an Solidarität verzeichnen nunmehr 31 Prozent (gegenüber 44 Prozent 1983).

Die Aussagen der Studierenden zur Verwirklichung der Grundwerte und Wohlfahrtsziele kennzeichnen die unterschiedlichen Verhältnisse und Lebenslagen in den beiden Teilen Deutschlands in eindrücklicher Weise - ebenso wie die unterschiedliche Sicht der Studierenden. Die westdeutschen Studierenden sehen im Wintersemester 92/93 alles in allem die Verhältnisse in den alten Bundesländern nur selten als defizitär, vor allem Freiheit, Wohlstand, wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit erscheint fast allen verwirklicht. Im Hinblick auf die meisten Grundwerte und Wohlfahrtsziele schätzen die ostdeutschen Studierenden die Situation im Westen ähnlich günstig ein. Bedeutend kritischer sehen sie nur die Verwirklichung von sozialer Gleichheit und von Solidarität in den alten Bundesländern (vgl. Abbildung 11).

Verständlicherweise beurteilen die westdeutschen Studierenden die Verhältnisse in den neuen Bundesländern weniger günstig als in den alten Bundesländern. Die ostdeutschen Studierenden erfahren die Situation in ihren Ländern aber durchweg noch ungünstiger: Sie erleben größere Defizite bei der Verwirklichung demokratischer Mitbestimmung und sozialer Gleichheit. Besonders problematisch ist der weit verbreitete Mangel an sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität für die ostdeutschen Studierenden (weniger der fehlende materielle Wohlstand). Diese Verunsicherung und Instabilität bestimmt weithin Situation und Bewußtsein der Studierenden im Osten, und zwar weit mehr, als es die westdeutschen Studierenden annehmen. In der Sicht der Studierenden handelt es sich bei den alten und neuen Bundesländern um Teilgebiete mit völlig verschiedenen Lebensbedingungen, nicht nur was die Wohlfahrtsziele angeht, sondern auch - und schwerwiegender - was die Grundwerte betrifft.

Toleranz gegenüber Andersdenkenden

Die Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der ehemaligen DDR im Vergleich zur jetzigen Bundesrepublik Deutschland ebenso die Urteile zur Verwirklichung gesellschaftlicher Grundwerte und Wohlfahrtsziele haben recht weit auseinanderliegende Muster der gegenseitigen Bilder von Studierenden in West und Ost über den jeweiligen anderen Teil Deutschlands aufgezeigt. Sie sind ein Beleg über die Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Lebensverhältnissen, sie sind zugleich ein Zeichen für manche Mißverständnisse und Unterstellungen, die eine gesellschaftliche Einigung im Sinne des "Zusammenwachsens" auch unter den Studierenden erschweren. Deutlich wird dies ebenfalls beim Thema "Toleranz gegenüber Andersdenkenden", nicht nur eine grundsätzliche Tugend in der Demokratie, sondern zugleich ein wichtiges Element des Zusammenfindens der ehemals getrennten Teilgebiete Deutschlands.

Im allgemeinen konstatieren die Studierenden sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern einen erheblichen Mangel an Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Besonders ungünstig erscheinen den westdeutschen Studierenden die Verhältnisse in den neuen Bundesländern zu sein: nahezu zwei Drittel (62 Prozent an Universitäten, 61 Prozent an Fachhochschulen) sehen dort ein starkes Ausmaß an Intoleranz. Die Situation in den alten Bundesländern beurteilen sie zwar ebenfalls recht kritisch, aber längst nicht so stark wie die in den neuen Bundesländern: An Universitäten sind es 42 Prozent, an Fachhochschulen 39 Prozent, die für das eigene Teilgebiet der alten Länder einen großen Mangel an Toleranz anführen. Die ostdeutschen Studierenden lassen viel seltener gelten, daß es in ihrem Teilgebiet an Toleranz fehle (43 Prozent an Universitäten, 46 Prozent an Fachhochschulen).

Dies ist offenbar eine generelle Tendenz: Die westdeutschen Studierenden beurteilen die Verhältnisse in der ehemaligen DDR und die Situation in den neuen Bundesländern häufig anders, zum Teil negativer, als die ostdeutschen Studierenden. Daraus folgt, daß ostdeutsche Studierende ihre früheren wie gegenwärtigen Lebensverhältnisse durch die westdeutschen Studierenden vielfach unzutreffend und in gewichtigen Aspekten damit ungerecht dargestellt erleben. Dies ist ihnen dann ein bestätigender Ausweis mangelnden Verständnisses wie ausbleibender Solidarität.

Die Vorteile der Vereinigung überwiegen bei weitem

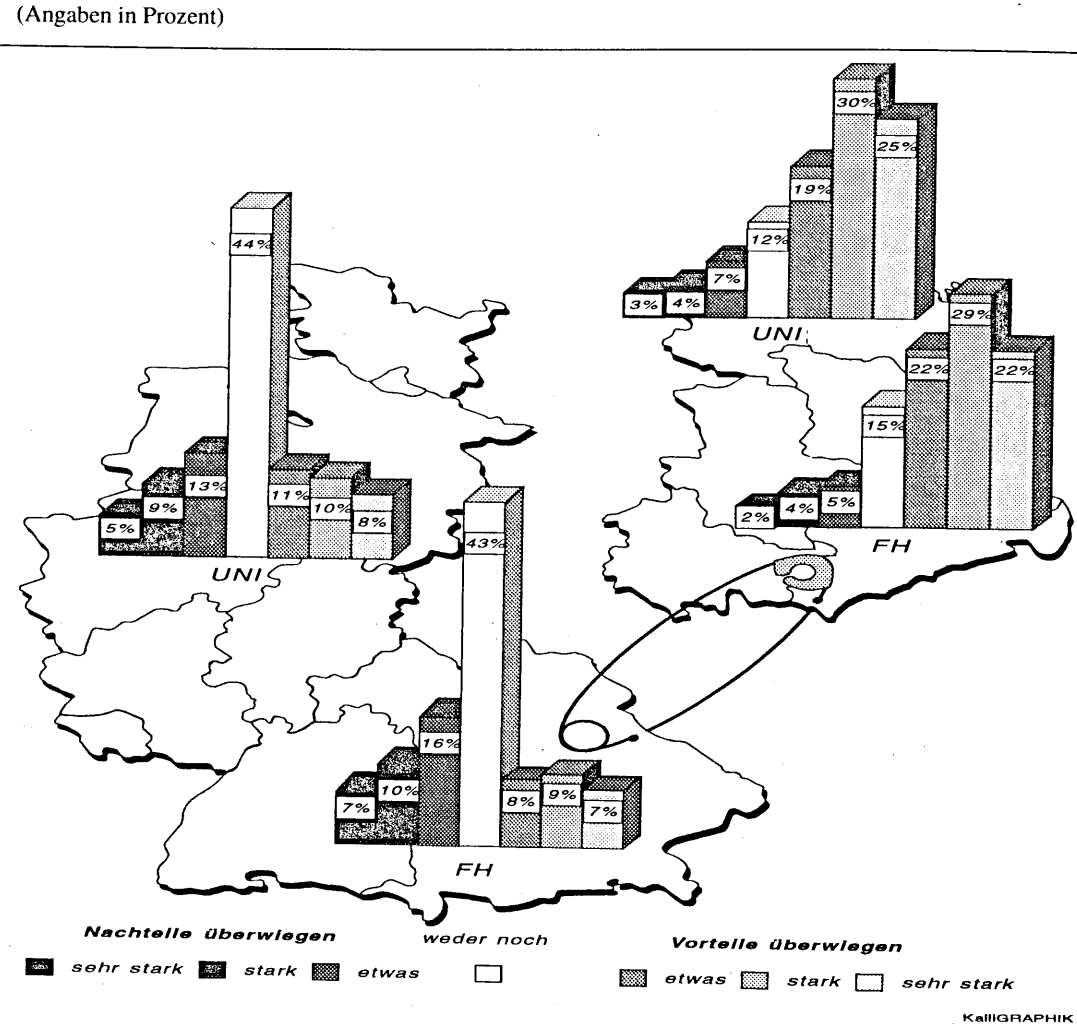
Von einiger politischer Relevanz ist die Bilanz, inwieweit die deutsche Vereinigung für das persönliche Leben mehr Vorteile oder mehr Nachteile gebracht hat. Trotz vieler Probleme und Belastungen, auch häufiger finanzieller Sorgen im Studium, fällt die Bilanz der ostdeutschen Studierenden sehr eindeutig aus (vgl. Abbildung 12):

- Für drei Viertel der Studierenden (74% an den Universitäten, 73% an den Fachhochschulen) überwiegen die Vorteile; für über die Hälfte sogar ganz eindeutig.
- Nur ein geringer Anteil von 14 Prozent an Universitäten und 11 Prozent an Fachhochschulen zieht eine negative Bilanz, daß die Nachteile überwiegen.

Verständlicherweise erkennt in den alten Bundesländern fast die Hälfte der Studierenden keine speziellen Folgen für ihr Leben, weder positive noch negative. Sie sind weit seltener unmittelbar betroffen in ihrer Lebenslage oder Studiensituation. Wenn sie Konsequenzen registriert haben, dann waren diese sogar häufiger als für die Studierenden im Osten eher nachteiliger Natur (sie denken wohl hauptsächlich an die Kosten des Aufbaus Ost, die sie direkt oder indirekt als Schmälerung der eigenen Möglichkeiten erfahren).

Eine andere Untersuchung bei Studierenden in Ost und West aus dem Jahre 1992 bestätigt die überwiegend positive Bilanz der deutschen Vereinigung für das persönliche Leben durch die ostdeutschen Studierenden (55 Prozent positiv; nur 14 Prozent negativ) ebenso wie die vorsichtiger wie ambivalentere Bilanz der westdeutschen Studierenden: 52 Prozent unentschieden, 25 Prozent positiv und 23 Prozent negativ (vgl. Brämer/ Duret 1992, S. 923).

Abbildung 12
Vorteile und Nachteile der deutschen Vereinigung für das persönliche Leben in der Bilanz der Studierenden in Ost- und Westdeutschland (WS 1992/93)
 (Angaben in Prozent)



Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1992/93, Fr. 107: Denken Sie bitte an die Zeit seit der deutschen Vereinigung im Oktober 1990. Wenn Sie die Vorteile und Nachteile der deutschen Vereinigung für Ihr persönliches Leben abwägen, überwiegen dann eher die Vorteile oder die Nachteile?

Kontakte und Kontaktwünsche recht einseitig

Die Fragen nach den Kontaktwünschen zu ostdeutschen Studierenden, nach den Informationsinteressen über Hochschulen und Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern und nach den Absichten eines Hochschulwechsels in den anderen Teil Deutschlands verraten ein gutes Maß an Desinteresse der westdeutschen Studierenden gegenüber den neuen Bundesländern und den Studierenden dort (vgl. ausführlicher Bargel 1993b, S. 49-52). So sind die westdeutschen Studierenden sowohl über die "Studienmöglichkeiten" als auch über die "Lebensbedingungen der Studierenden" im anderen Teil Deutschlands jeweils deutlich schlechter informiert als ihre ost-

deutschen Kommilitonen über diejenigen in den alten Bundesländern. Weniger als ein Fünftel der westdeutschen Studierenden weiß nach eigener Einschätzung zumindest ausreichend über Studium und Studentenleben in den neuen Bundesländern bescheid. In den neuen Bundesländern liegt dieser Anteil mit über 50 Prozent viel höher, der Informationsstand über die westlichen Hochschulen und Studierenden ist im Osten weit besser. Erhebliche Anteile der westdeutschen Studierenden sind nicht einmal an derartigen Informationen über die Studienmöglichkeiten in den neuen Bundesländern interessiert: Sowohl an den Universitäten (mit 34 %) als auch an den Fachhochschulen (mit 36%) äußert sich jeweils mehr als ein Drittel gänzlich desinteressiert.

Wie bei den Informationen ist im Bereich der Kontakte die Lage ebenfalls recht einseitig. Von intensiveren Kontakten zu Kommilitonen im anderen Teil Deutschlands, d.h. zumindest manchmal oder häufig, berichtet etwa jeder zehnte westdeutsche Studierende, dagegen gut jeder fünfte ostdeutsche Studierende. Große Teile der westdeutschen Studierenden haben bislang keinerlei Kontakte zu Kommilitonen aus Ostdeutschland gehabt: an den Universitäten 61, an den Fachhochschulen 67 Prozent. Ohne Kontakte zu Kommilitonen aus den alten Bundesländern sind weit weniger ostdeutsche Studierende geblieben, nämlich etwa ein Drittel (32% an Universitäten, 37% an Fachhochschulen).

Die Mehrheit der westdeutschen Studierenden wünscht zudem keine weiteren Kontakte in Richtung Osten. Jedenfalls antworten 55 Prozent an den Universitäten und 58 Prozent an den Fachhochschulen auf die Frage, ob sie mehr Kontakte zu Studierenden aus dem anderen Teil Deutschlands möchten, mit einem klaren "nein". Demgegenüber ist unter den ostdeutschen Studierenden der Wunsch nach vermehrter Kontaktaufnahme zu Studierenden aus den alten Bundesländern weit verbreiteter. Denn an den dortigen Universitäten äußern 62 Prozent, an den Fachhochschulen 59 Prozent diesen Wunsch, häufiger Kontakte zu westdeutschen Kommilitonen aufnehmen zu können.

Auch andere Befragungen von Studierenden in Ost und West haben aufgezeigt, daß ein "gesamtdeutsches Bewußtsein" wenig entwickelt ist; die Brücke zwischen den Teilgebieten im Denken wie im Handeln wird selten geschlagen und die Distanz unter den Studierenden ist groß geblieben: "Der Blick bleibt weiterhin ... auf das bisherige Territorium fixiert, die Idee eines einheitlichen Deutschlands ist auch nicht ansatzweise ... akzeptiert" (Brämer/ Duret 1992, S. 929). Jedenfalls bleibt der gewisse Widerspruch festzuhalten: Die Studierenden bejahen zwar einvernehmlich die deutsche Einheit, aber in ihren Vorstellungen und Handlungsabsichten ist das "gesamte Deutschland" wenig präsent. Insbesondere für viele westdeutsche Studierende ist das Gebiet der neuen Bundesländer immer noch das "andere Deutschland".

Hochschulwechsel: wenig Austausch in Sicht

Die Absichten der Studierenden hinsichtlich eines Hochschulwechsels lassen wenig Anzeichen erkennen, daß der Austausch zwischen den alten und den neuen Bundesländern sich von alleine intensivieren könnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß generell die Neigung zu einem Hoch-

schulwechsel wenig verbreitet ist. Die zunehmenden Reglementierungen in den Studiengängen der einzelnen Hochschulen ebenso wie die Probleme und Kosten des Wohnungsmarktes hemmen die Bereitschaft zum Hochschulwechsel von vornherein.

Einen Wechsel an eine Hochschule im anderen Teil Deutschlands erwägen die deutschen Studierenden in Ost wie in West noch seltener (schon eher wollen sie dann ein Auslandsstudium vorsehen). Von den westdeutschen Studierenden an Universitäten hegen 90 Prozent, an den Fachhochschulen sogar 96 Prozent keinerlei Absicht in diese Richtung. Die ostdeutschen Studierenden können sich etwas häufiger einen Wechsel an eine westdeutsche Hochschule vorstellen: An den ostdeutschen Universitäten schließen 23 Prozent, an den dortigen Fachhochschulen 17 Prozent ihn nicht aus. Ernsthafter planen einen solchen Wechsel an eine Hochschule in den alten Bundesländern allerdings auch nur fünf Prozent der Universitäts- und zwei Prozent der Fachhochschulstudenten in den neuen Bundesländern.

Für die Studierenden stellt sich der Weg des Austausches zwischen den alten und den neuen Bundesländern überwiegend als Einbahnstraße von Ost nach West dar - wenn er überhaupt gewünscht, geplant oder verwirklicht wird. Diese Einseitigkeit ist begleitet von einem starken Gefälle des Interesses, der gegenseitigen Akzeptanz und Anerkennung. Der niedrige Stand des Austausches zwischen den Studierenden aus den alten und den neuen Bundesländern, noch mehr die überwiegende Distanz westdeutscher Studierender gegenüber den neuen Bundesländern sowie gegenüber den Studienmöglichkeiten und den Studierenden dort, sollten Anlaß sein, geeignete Formen und Wege zu prüfen, um einen vermehrten Austausch und häufigere Kontakte zu erreichen, damit Informationsdefizite abgebaut und das gegenseitige Verständnis gefördert werden. Eine wichtige Funktion käme dabei den politischen und kirchlichen Studentenverbänden und den studentischen Vertretungen an den Hochschulen zu.

7 Die europäische Integration: Hoffnungen und Befürchtungen

Die politische und wirtschaftliche Integration Europas findet unter den Studierenden zwar überwiegend Unterstützung und Interesse, obwohl der Informationsstand nicht befriedigend ausfällt. Allerdings sind die ostdeutschen Studierenden weniger interessiert und informiert - und haben häufiger eine distanzierte Haltung zur europäischen Einigung. Für sie ist auch Europa als möglicher Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen noch weniger gewärtig.

Unterstützung der europäischen Vereinigung

Die europäische Integration findet an den westdeutschen Universitäten die meiste Unterstützung: 64 Prozent sprechen sich dafür aus (darunter 42 Prozent sogar in starkem Maße). An den ostdeutschen Hochschulen fällt die Unterstützung deutlich geringer aus; nicht einmal eine Mehrheit stimmt diesem politischen Ziel zu: an den Universitäten 48 Prozent, an den Fachhochschulen 45 Prozent. An den ostdeutschen Fachhochschulen spricht sich sogar ein Drittel der Studierenden gegen die politische und wirtschaftliche Integration Europas aus - ein vergleichsweise hoher Anteil (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13
Haltung der Studierenden in den alten und neuen Bundesländern zur politischen und wirtschaftlichen Integration Europas (WS 1992/93)

(Skala von -3 = lehne völlig ab bis +3 = stimme völlig zu; Mittelwerte und Angaben in Prozent)

Vollendung der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas	Studierende im WS 1992/93			
	alte Bundesländer Universitäten (5.448)		neue Bundesländer Universitäten (1.744)	
	Fachhochschulen (1.691)	Fachhochschulen (357)		
lehne völlig ab -3	3	4	9	12
-2	5 } 15	6 } 19	8 } 27	9 } 33
-1	7	9	10	12
(neutral) 0	21	23	25	22
+1	22	22	20	19
+2	23 } 64	21 } 58	16 } 48	14 } 45
stimme völlig zu +3	19	15	12	12
Mittelwert	+1.0	+0.8	+0.4	+0.2

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 101: Wie stehen Sie zu den angeführten politischen Zielen: Welche unterstützen Sie, welche lehnen Sie ab?

Ähnlich unterschiedlich wie die Unterstützung der Integration Europas fällt das Interesse der Studierenden an Fragen der europäischen Einigung aus: An den westdeutschen Universitäten und Fachhochschulen ist etwa ein Drittel in starkem Maße daran interessiert, an den ostdeutschen Hochschulen jeweils nur ein Viertel (vgl. Kapitel 2, Abbildung 1). Von einer besonderen Resonanz der Europapolitik unter den Studierenden kann daher nicht gesprochen werden.

Informationsstand über europäische Integration gering

Der Informationsstand der Studierenden über die europäische Integration ist weithin gering: Nur ein Drittel der Studierenden insgesamt bezeichnet sich selbst als einigermaßen bis sehr gut informiert; ihnen stehen aber 44 Prozent gegenüber, deren Informationsstand weitgehend schlecht ist (darunter 20 Prozent sogar sehr schlecht).

Im Vergleich ist der Informationsstand bei den westdeutschen Universitätsstudenten noch am besten (37 Prozent sehen sich als gut bis sehr gut informiert an). Am schlechtesten sind die Studierenden an den ostdeutschen Fachhochschulen informiert, wo sich nur 19 Prozent einen guten Informationsstand bescheinigen (vgl. Tabelle 14).

Informationsstand zur europäischen Integration	Studierende im WS 1992/93			
	alte Bundesländer Universitäten (5.448) Fachhochschulen (1.691)		neue Bundesländer Universitäten (1.744) Fachhochschulen (357)	
gar nicht 0	3	5	6	9
1	15	17	18	23
2	23	27	24	23
(mittel) 3	22	23	25	26
4	23	18	18	12
5	12	9	7	6
sehr gut 6	2	1	2	1
Mittelwert	2.9	2.6	2.6	2.3

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 110: Inwieweit fühlen Sie sich informiert über den Stand der europäischen Integration?

Informationsstand und Unterstützung der europäischen Integration

Mit einem besseren Informationsstand ist nicht nur ein viel höheres Interesse an Fragen der europäischen Vereinigung verbunden (ein sicherlich wechselseitiger Zusammenhang), sondern auch die politische und wirtschaftliche Integration wird deutlich stärker unterstützt:

- Von den Studierenden mit einem geringen Informationsstand unterstützt nur jeder Vierte die europäische Einigung in starkem Maße.
- Von den Studierenden, die über einen mittleren Informationsstand verfügen, unterstützt jeder Dritte in starkem Maße das Ziel der europäischen Einigung.
- Aus dem Kreis der Studierenden mit besserem Informationsstand vertritt das Ziel der europäischen Einigung über die Hälfte in starkem Maße (58 Prozent).

Erwartungen an die europäische Integration: Hoffnungen und Befürchtungen

Das idealistische Eintreten für "Europa" übersieht leicht, daß mit der europäischen Integration nicht nur Hoffnungen, sondern ebenso Befürchtungen verknüpft sind. Unter den Studierenden überwiegen sogar in manchen Bereichen die Befürchtungen die Hoffnungen - ein bedenkliches Signal. Es ist nicht zu erwarten, daß sich Menschen für eine politische Idee und Entwicklung stärker engagieren, von deren Verwirklichung sie mehr Sorgen und Schwierigkeiten erwarten als Lösungen von Problemen.

Auf der Ebene von Politik, Ökonomie, Kultur und beruflicher Chancen lassen sich derartige Hoffnungen und Befürchtungen gegenüberstellen:

- Gewinn demokratischer Beteiligung oder Überhandnehmen der zentralen Bürokratie,
- mehr Wohlstand in allen Ländern oder Risiken wirtschaftlicher Instabilität,
- kulturelle Vielfalt oder Verlust nationaler Identität,
- mehr berufliche Chancen oder zunehmende Arbeitslosigkeit.

Auf der politischen Ebene erwarten insgesamt nur 16 Prozent der Studierenden in Deutschland mit der europäischen Integration einen Gewinn an **demokratischer Beteiligung**. Aber 58 Prozent befürchten ein **Überhandnehmen der zentralen Bürokratie**. Bei diesen Erwartungen an die Politik in einer europäischen Union unterscheiden sich die ost- und westdeutschen Studierenden kaum voneinander (vgl. Abbildung 13).

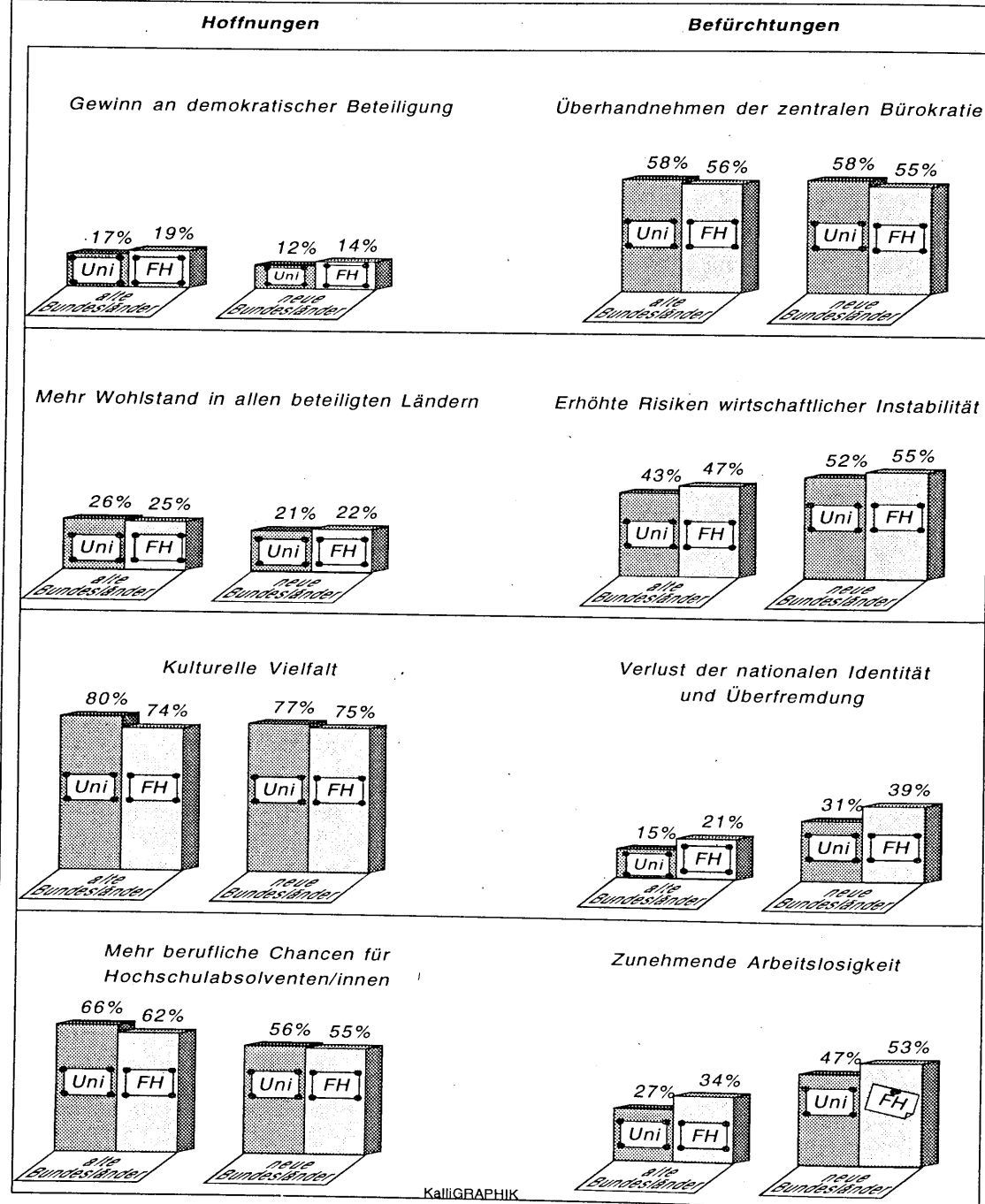
Dem Versprechen, daß die europäische Integration zu **mehr Wohlstand** in allen Ländern führen wird, die ökonomische Ebene, steht die überwiegende Mehrheit ebenfalls mit Mißtrauen gegenüber. Nur ein Viertel der Studierenden hält dieses Versprechen für realistisch. Dagegen erwartet fast die Hälfte aller deutschen Studierenden (46%) erhöhte **Risiken wirtschaftlicher Instabilität**; in den neuen Bundesländern sogar knapp mehr als die Hälfte (53%).

Die größere Skepsis der Studierenden in den neuen Bundesländern tritt bei der Frage nach dem "europäischen Arbeitsmarkt" noch deutlicher hervor. Die ostdeutschen Studierenden befürchten mit der europäischen Integration eine **zunehmende Arbeitslosigkeit**, und zwar zu etwa der Hälfte (Universitäten 47 Prozent, Fachhochschulen 53 Prozent). In den alten Bundesländern sind es dagegen viel weniger Studierende, die von einer zunehmenden Arbeitslosigkeit in "Europa" ausgehen: an westdeutschen Fachhochschulen 34, an den Universitäten sogar nur 27 Prozent.

Bedeutsame Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Studierenden bestehen auch im Feld der national-kulturellen Wahrung des "Deutschen". Unter den ostdeutschen Studierenden wird der **"Verlust der nationalen Identität und Überfremdung"** im europäischen Haus viel häufiger befürchtet (zu 31 Prozent an den Universitäten, zu 39 Prozent an den Fachhochschulen). Diese Frage ist für weit weniger Studierende im Westen ein Problem: 21 Prozent an den Fachhochschulen und nur 15 Prozent an den Universitäten meinen, daß die europäische Integration zu einem Verlust an nationaler Identität und zu Überfremdung führe, die nationalen Besonderheiten Deutschlands gefährdet wären.

Abbildung 13
Europäische Integration: Hoffnungen und Befürchtungen der Studierenden in den alten und neuen Bundesländern (WS 1992/92)

(Skala von 0 = trifft sicher nicht zu bis 6 = trifft sicher zu; Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien: 4-6 = trifft zu)



KaIIGRAPHIK

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 92/93, Fr. 111: Erwarten Sie, daß die europäische Integration folgendes mit sich bringt?

An Positiva der europäischen Einigung ergeben sich im Meinungsbild der Studierenden im Osten wie im Westen vor allem zwei Aspekte: die **kulturelle Vielfalt** und **gegenseitigen Anregungen** in Europa sowie die **größeren beruflichen Chancen speziell für Hochschulabsolventen**. Ein Mehr an kultureller Vielfalt und gegenseitige Anregungen durch die europäischen Kulturen erhoffen 78 Prozent der deutschen Studierenden. Verbesserte berufliche Chancen für Hochschulabsolventen erwarten 63 Prozent aller deutschen Studierenden; wobei auch hierin die ostdeutschen Studierenden etwas skeptischer bleiben (von ihnen hegen 56 Prozent diese Erwartung).

Politische Richtungen und europäische Integration

Das "europäische Bewußtsein" der Studierenden, die als "Anhänger" der verschiedenen politischen Richtungen bezeichnet werden können, weil sie ihnen entschieden zustimmen, unterscheidet sich in starkem Maße, und zwar bei den ostdeutschen wie westdeutschen Studierenden. Dabei ist in allen Grundrichtungen das europäische Bewußtsein der ostdeutschen Studierenden geringer ausgeprägt. Das belegen jedenfalls die drei Indikatoren: Politisches Interesse an Fragen der europäischen Einigung, Informationsstand über den Prozeß der europäischen Integration und Unterstützung des politischen Zieles einer europäischen Einigung.

Die studentischen Anhänger der drei traditionellen politischen Richtungen in der Bundesrepublik Deutschland (christlich-konservativ, sozialdemokratisch, liberal) weisen das ausgeprägteste europäische Bewußtsein auf. Sie unterstützen das Ziel der europäischen Einigung nachhaltiger und sind verstärkt an diesem Thema interessiert. Die studentischen Anhänger christlich-konservativer, liberaler und sozialdemokratischer Grundrichtungen in Westdeutschland sind die deutlichsten Verfechter der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas. Insgesamt unterscheiden sie sich darin kaum voneinander.

Sowohl die Anhänger von kommunistisch-marxistischen als auch von national-konservativen Positionen stehen der europäischen Einigung distanziert, größtenteils sogar ablehnend gegenüber. Bei den Studierenden in Ostdeutschland, die diesen beiden Grundrichtungen anhängen, überwiegt sogar die Ablehnung, das Interesse ist besonders niedrig und der Informationsstand besonders gering.

Befürworter der europäischen Einigung: positive Erwartungen im Vordergrund

Welcher Art die Hoffnungen und Befürchtungen der Studierenden sind, die sie mit der europäischen Einigung verbinden, davon hängt es in starkem Maße ab, inwieweit sie die europäische Integration unterstützen oder ablehnen. Allemaal äußern die Befürworter der europäischen Einigung weit weniger Befürchtungen als jene, die dieser Einigung ablehnend gegenüberstehen. Ebenfalls hegen die Befürworter weit mehr Hoffnungen als die Gegner, wobei sie vor allem häufiger auf den vermehrten Wohlstand und den Gewinn an demokratischer Beteiligung setzen und zugleich viel seltener den Verlust an nationaler Identität oder zunehmende Arbeitslosigkeit

befürchten. In diesen Zusammenhängen bestehen kaum Unterschiede zwischen den Studierenden in Ost- und Westdeutschland.

Besserer Informationsstand: weniger Befürchtungen, mehr Hoffnungen

Ein besserer Informationsstand über Fragen und Probleme der europäischen Einigung führt dazu, daß häufiger Hoffnungen und seltener Befürchtungen vorhanden sind. Dies gilt für alle Felder der positiven und negativen Erwartungen. Besonders stark wirkt sich der Unterschied nach dem Informationsstand im ökonomischen Bereich aus, ob vermehrter Wohlstand oder aber wirtschaftliche Risiken bzw. zunehmende Arbeitslosigkeit als mögliche Folge der europäischen Integration gesehen werden. Geringer ist die Differenz bei der Chance einer größeren kulturellen Vielfalt mit ihren Anregungen oder dem Risiko einer Vormacht zentraler Bürokratien.

Insgesamt ist ein gegenseitiges Wechselverhältnis zwischen Interesse, Informiertheit, Erwartungen und Unterstützung zu beobachten. Deshalb wäre es angesichts des defizitären Informationsstandes wichtig, über vermehrte Informationen nicht nur das Interesse zu wecken, sondern darüber hinaus einen Abbau von Befürchtungen und einen Zuwachs an Unterstützung zu gewinnen. Ein solcher Informationsbedarf für eine erhöhte Akzeptanz besteht vor allem an den ostdeutschen Hochschulen - und dort insbesondere an den Fachhochschulen.

Obwohl, insbesondere unter den westdeutschen Studierenden, die europäische Einigung überwiegend als politisches Ziel geteilt wird, zeigt das europäische Haus für die meisten noch keine attraktiven Konturen oder Baupläne. Darin liegt ein gewisses Dilemma für viele westdeutsche Studierende: Ideell sind sie durchaus für Europa eingestellt, aber die Verwirklichung der "Idee Europa" sehen sie eher mit Skepsis, nicht wenige sogar mit Befürchtungen.

Viele Studierende in den neuen Bundesländern können mit der "Idee Europa" noch nicht viel anfangen, sie ist ihnen noch zu neu und fern. Sie beginnen offenbar erst allmählich, sich auf den Verbund der europäischen Staaten einzustellen, der ihnen früher ganz fremd war (vgl. auch Heublein/ Brämer 1990, S. 1400). Mit der Balance "nationale Identität" und "internationale Integration", wie es die Bildung des europäischen Hauses verlangt, tun sich die ostdeutschen Studierenden zudem offensichtlich schwerer als die westdeutschen Studierenden.

Der europäische Arbeitsmarkt: vage Hoffnungen

Neben der Vereinigung Deutschlands spielt die Integration Europas zunehmend eine Rolle für die Berufs- und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen. Fragt man Studierende, was sie sich allgemein von der europäischen Integration hinsichtlich beruflicher Möglichkeiten für Hochschulabsolventen und -absolventinnen versprechen, so ist das Echo unter ihnen überwiegend positiv. Daß die europäische Gemeinschaft mehr berufliche Chancen für Hochqualifizierte eröffnet, darüber sind sich die Studierenden mehrheitlich einig, wobei die westdeutschen Studierenden noch bessere Berufschancen in Europa erwarten als die ostdeutschen Studierenden.

Konkret auf die eigenen beruflichen Möglichkeiten innerhalb der europäischen Gemeinschaft angesprochen, herrscht jedoch vielfach Ratlosigkeit, insbesondere bei den Studierenden in den neuen Bundesländern. Für sie ist dieser europäische Arbeits- und Berufsraum noch wenig bekannt und vorstellbar. Etwa die Hälfte der Studierenden in den neuen Bundesländern vermag die Arbeitsmarktchancen auf dem europäischen Binnenmarkt für den eigenen Studiengang gar nicht beurteilen (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 15
Erwartungen an einen europäischen Arbeitsmarkt von Studierenden in West- und Ostdeutschland (WS 1992/93)

(Skala von -3 = sehr schlecht bis +3 = sehr gut sowie Kategorie "kann ich nicht beurteilen"; Angaben in Prozent für zusammengefaßte Kategorien: -3 bis -1 = eher schlecht, 0 = teils-teils, +1 bis +3 = eher gut)

Berufs- und Arbeitsmarktchancen für Absolventen des eigenen Studiums in der europäischen Gemeinschaft	Studierende an ...			
	Universitäten West (5.448)	Universitäten Ost (1.744)	Fachhochschulen West (1.691)	Fachhochschulen Ost (357)
eher schlecht	19	10	12	5
teils - teils	15	12	15	10
eher gut	37	31	45	38
kann ich nicht beurteilen	29	47	28	47
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: Konstanzer Projekt Studiensituation, WS 1992/93, Fr. 89: Wie schätzen Sie die Berufs- und Arbeitsmarktchancen in den nächsten Jahren für Absolventen Ihres Studienganges ein?

Die Studierenden, die ein Urteil über die Chancen auf dem Berufs- und Arbeitsmarkt innerhalb der europäischen Gemeinschaft abgegeben haben, sehen dadurch eher bessere Chancen für die eigenen Berufsperspektiven. Vor allem die westdeutschen Studierenden an den Fachhochschulen (45%) setzen ihre beruflichen Hoffnungen auf Europa. Recht sicher und selbstbewußt in bezug auf die beruflichen Möglichkeiten, die Europa bieten kann, zeigen sich die westdeutschen Studierenden in den Rechtswissenschaften sowie in den wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern. Von ihnen erhofft sich die Mehrheit gute bis sehr gute berufliche Möglichkeiten innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Selbst bei den ostdeutschen Studierenden, die im allgemeinen dem europäischen Arbeitsmarkt noch abwartend gegenüberstehen, legen die angehenden Juristen und Wirtschaftswissenschaftler bereits größeren Optimismus an den Tag.

Mit der Integration Europas verknüpfen sich im Hinblick auf die beruflichen Chancen von Hochschulabsolventen eher hoffnungsvolle Erwartungen. Freilich bleiben diese zumeist vage und unsicher - mit deutlichen Unterschieden zwischen Studierenden in den alten und neuen Bundesländern, in den verschiedenen Fächern sowie zwischen Studentinnen und Studenten.

Am häufigsten setzen auf die neuen Chancen die jungen Männer in den Fächern der Rechts-, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften. Gefestigter Bestandteil der studentischen Berufsplä-

ne und Arbeitsmarktorientierungen sind diese neuen Horizonte bislang jedoch nicht geworden. Sie sind den meisten Studierenden, vor allem in den neuen Bundesländern, durch Information, Beratung und Studentenaustausch erst noch zu vermitteln.

Die politische Bildungsarbeit an Schulen und Hochschulen zum Thema "Europa" bedarf neuer und weiterer Anstrengungen, besonders an den ostdeutschen Schulen und Hochschulen wäre sie bewußt zu entwickeln und zu intensivieren. Es bedarf offensichtlich der ausführlichen Aufklärung und Auseinandersetzung über die europäische Integration und geplante Union. Dazu gehören ebenfalls vermehrt eigene Erfahrungen, die durch eine Verstärkung europäischer Austauschprogramme, bevorzugt für Studierende im Osten, erreicht werden könnten.

Allerdings ist davon auszugehen, daß bei den Studierenden im Osten (wie bei der Jugend in den neuen Bundesländern insgesamt) Offenheit und Engagement für die europäische Integration wohl dann erst in stärkerem Maße sich einstellen werden, wenn vorher hinsichtlich der Lebensbedingungen, der sozialen und ökonomischen Verhältnisse, eine Angleichung zwischen den beiden Teilgebieten Deutschlands erreicht worden ist. Sie würde zugleich dazu beitragen, daß die Resonanz extremer politischer Positionen in der ostdeutschen Studentenschaft und manche anti-demokratischen Tendenzen sich abschwächen dürften. Dabei wäre die "Angleichung" nicht nur auf die materiellen Lebensverhältnisse auszurichten, sondern hätte ebenso die Verwirklichung der demokratischen Grundwerte einzubeziehen und die Angebote der politischen Partizipation zu verstärken.

Literaturangaben

- Adam, H.: Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik. Frankfurt am Main 1965.
- Bargel, T.: Politisches Bewußtsein und Verhalten von Studenten. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Politische Sozialisation an Hochschulen (Schriftenreihe Band 233). Bonn 1985. S. 65-86.
- Bargel, T.: Politische Haltungen und demokratische Einstellungen. In: Bargel, T. u.a.: Studien-erfahrungen und studentische Orientierungen in den 80er Jahren. Trends und Stabilitäten (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft, 86). Bad Honnef 1989, S. 212-232.
- Bargel, T.: Wann protestieren die Studenten? Zur Entwicklung studentischen Protestpotentials. In: Bargel, T. (Hg.): Hochschulprofile - Studierende und Studium an acht Universitäten und sechs Fachhochschulen (Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz; Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 1). Konstanz 1990, S. 15-27.
- Bargel, T.: Studienqualität und Hochschulentwicklung. (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Bildung-Wissenschaft-aktuell 11/93). Bonn 1993a.
- Bargel, T.: Deutschland und Europa - zum Meinungsbild der Studierenden. In: CIVIS, 26. Jg., Heft 4, Dezember 1993b, S. 56-62.
- Bargel, T./ G. Framhein/ G. Lensing: Orientierungen gegenüber Politik und Gesellschaft. In: Peisert, H. u.a.: Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft, 59). Bad Honnef 1988, S. 241-283.
- Brämer, R./ P. Duret: Das Trauma der Intelligenz. Die deutsche Vereinigung aus studentischer Sicht. In: Deutschland Archiv, 25. Jg., Heft 9, Sept. 1992, S. 919-929.
- Brämer, R./ U. Heublein: Studenten in der Wende? Versuch einer deutsch-deutschen Typologie vor der Vereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). B 44/90, Oktober 1990, S. 3-16.
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft, 103). Bad Honnef 1992.
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.): Grund- und Strukturdaten 1993/94. Bad Honnef 1993.
- Demirovic, A./ G. Paul: Elitenbildung und die kulturrevolutionäre Strategie der neuen Rechten. Rechtsextreme Einstellungen unter Studierenden als ideologietheoretischer Untersuchungsgegenstand (Manuskript). Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt am Main. 1994.
- Does, K.-J.: Studenten und Politik in der Bildungskrise. St. Augustin 1978.
- Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit. Politische und persönliche Orientierungen in Ost und West. Opladen 1992.

- Framhein, G./ T. Barge/ B. Dippelhofer-Stiem/ H. Peisert/ J.-U. Sandberger: Studium und Hochschulpolitik. (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Schriftenreihe Hochschule, Nr. 39). Bonn 1981.
- Habermas, J./ L.v. Friedeburg/ C. Oehler/ F. Wetz: Student und Politik. Neuwied 1961.
- Hansen, J.: Konsumverhalten und Werthaltungen deutscher Studenten und Abiturienten - Daten und Materialien. (Institut für Demoskopie). Allensbach 1994.
- Heublein, U./ R. Brämer: Studenten im Abseits der Vereinigung. In: Deutschland Archiv, 23. Jg., Heft 9, Sept. 1990, S. 1397-1410.
- Heublein, U./ F. Kazemzadeh: Studieren in den neuen Ländern 1991. (HIS-Hochschul-Informationssystem: Hochschulplanung Bd. 90). Hannover 1991.
- Hitpaß, J.: Radikale Minderheit - Schweigende Mehrheit. Osnabrück 1974.
- Hoffmann-Lange, U./ H. Schneider/ M. Gille: Politische Gewaltbereitschaft Jugendlicher. In: Deutsches Jugendinstitut (Hg.): Gewalt gegen Fremde. Rechtsradikale, Skinheads und Mitläufer. Weinheim-München 1993, S. 97-126.
- Institut für Demoskopie (Hg.): Student und Politik im Sommer 1967. Allensbach 1968.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.): Jugend '92 - Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland. Opladen 1992.
- Kaase, M.: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band II. München 1971, S. 119-326.
- Kaase, M.: Student und Politik in den achtziger Jahren. (Rektorat der Universität Mannheim: Gesellschaft und Universität). Mannheim 1982.
- Kuthe, M.: Fach- und Regionalstrukturen der ostdeutschen Hochschulen (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Bildung-Wissenschaft-aktuell 8/91). Bonn 1991.
- Ladd, E.C./ S.M. Lipset: The Divided Academy. Professors and Politics. New York 1975.
- Noelle-Neumann, E.: Die deutsche Gruppenuniversität und das Meinungsklima. In: Institut für Demoskopie (Hg.): Dokumentation einer Studentenumfrage 1978. Allensbach 1979, S. 4-6.
- Ramm, M.: Fachhochschulen in den neuen Bundesländern. Die Gründungsphase aus studentischer Sicht (erscheint in: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Bildung-Wissenschaft-aktuell). Bonn 1994.
- Wildenmann, R./ M. Kaase: Die unruhige Generation. (Universität Mannheim: Lehrstuhl für politische Wissenschaften). Mannheim 1968.